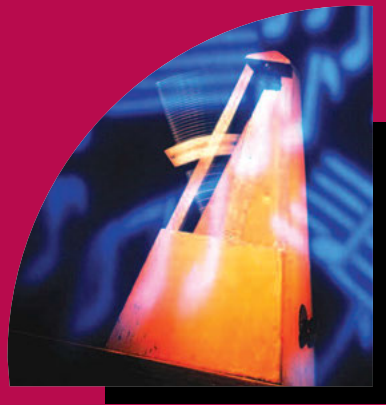


# IMPULS



## MARKT VERSUS STAAT

Stiftung für den Maschinenbau,  
den Anlagenbau und die Informationstechnik



LARS P. FELD, SARAH NECKER

# MARKT VERSUS STAAT

Dieses Forschungsvorhaben wurde gefördert  
von der IMPULS-Stiftung des VDMA

Freiburg, Juli 2014

Auftraggeber:

**I M P U L S -**  
**S T I F T U N G**

Lyoner Straße 18  
60528 Frankfurt am Main

Telefon 069 6603 1829  
Fax 069 6603 2829  
Internet [www.impuls-stiftung.de](http://www.impuls-stiftung.de)

## ZU DIESER STUDIE

Der überwiegend mittelständisch geprägte Maschinen- und Anlagenbau und sein Verband, der VDMA, sind traditionelle Verfechter einer ordnungspolitisch fundierten Marktwirtschaft. Staatliche Eingriffe nehmen offensichtlich zu, Gewöhnungseffekte drohen. Zunächst wurden die Eingriffe noch mit der einmaligen Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 begründet. Doch auch heute ist dieser Trend hin zu mehr Staat ungebrochen, sichtbar beispielsweise am sozialpolitischen Gestaltungswillen der großen Koalition. Das bisherige deutsche Erfolgsmodell erodiert.

Die IMPULS-Stiftung des VDMA hat daher das Walter Eucken Institut beauftragt, eine Umfrage zur Rolle des Staates unter den Mitgliedern des VDMA durchzuführen. Erhoben wurden die Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf die Unternehmen sowie deren kurz- wie langfristige Erwartung hinsichtlich der Kosten und des Nutzens. Die Ergebnisse der Befragung der VDMA-Mitglieder sind ein Bekenntnis zu einer ordnungspolitisch fundierten Marktwirtschaft. Die Unternehmen sind überzeugt, dass langfristig die Kosten staatlicher Maßnahmen deren Nutzen überwiegen. Der Staat sollte sich demnach auf seine Kernaufgaben konzentrieren und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen setzen, die ausreichend Freiraum für Unternehmertum lassen.

Dieses Ergebnis bestätigt uns darin, die Ordnungspolitik künftig – neben der Innovationspolitik – zu einer der beiden tragenden Säulen der IMPULS-Stiftung zu machen. Diese Studie ist ein gelungener Auftakt für die Stiftung unter neuer Leitung. Zu Dank sind wir unseren Vorgängern, Dr. Dieter Brucklacher und Ulrich P. Hermani verpflichtet, unter deren Verantwortung die vorliegende Untersuchung gestartet wurde. Ebenso bedanken wir uns bei Prof. Dr. Lars Feld und Dr. Sarah Necker für die gute Zusammenarbeit sowie bei Dr. Susanne Krebs für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung der Umfrage.

Frankfurt, August 2014



Dr. Thomas Lindner  
Vorsitzender des Kuratoriums  
IMPULS-Stiftung



Dr. Manfred Wittenstein  
Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums  
IMPULS-Stiftung



Dr. Johannes Gernandt  
Geschäftsführender Vorstand  
IMPULS-Stiftung



Stefan Röger  
Geschäftsführender Vorstand  
IMPULS-Stiftung

## Inhalt

Zu dieser Studie	3
Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	5
Executive Summary	6
<b>I EINLEITUNG</b>	<b>8</b>
<b>2 WAS IMPLIZIERT DIE „ORDNUNGSPOLITISCHE AUSRICHTUNG“ DES VDMA?</b>	<b>10</b>
<b>3 STAATSTÄTIGKEIT UND DIE BEDEUTUNG WIRTSCHAFTLICHER FREIHEIT</b>	<b>15</b>
<b>4 ORDNUNGSPOLITISCHE EINSTELLUNG DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG</b>	<b>20</b>
<b>5 DIE UMFRAGE — METHODE UND TEILNEHMER</b>	<b>24</b>
5.1 Design des Fragebogens	24
5.2 Teilnehmer	25
<b>6 ERGEBNISSE DER UMFRAGE</b>	<b>26</b>
6.1 Die Rolle des Staates in der Wirtschaft	26
6.2 Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen für das Unternehmen	28
6.2.1 Welche staatlichen Maßnahmen hatten Auswirkungen?	28
6.2.2 Welche Nutzen und Kosten entstehen?	31
6.3 Die Tätigkeit des VDMA	38
<b>7 DISKUSSION DER ERGEBNISSE</b>	<b>40</b>
<b>8 FAZIT</b>	<b>42</b>
<b>9 LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>44</b>
<b>A ANHANG</b>	<b>46</b>
A1 Economic Freedom of the World Index	46
A2 Fragebogen	47
A3 Einladung des VDMA im Newsletter top aktuell	56
A4 Faktorenanalyse	56

# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Grundsätze der Wirtschaftspolitik nach Eucken (1952)	12
Abbildung 2	Staatsquote in Deutschland	15
Abbildung 3	Staatsquote im internationalen Vergleich, 2012	16
Abbildung 4	Wirtschaftliche Freiheit in der BRD 1970-2011	17
Abbildung 5	Komponenten wirtschaftlicher Freiheit in der BRD	18
Abbildung 6	Wirtschaftliche Freiheit im internationalen Vergleich, 2011	19
Abbildung 7	Was ist wichtiger: Freiheit oder Gleichheit?	20
Abbildung 8	Mehr oder weniger staatliche Intervention in der Wirtschaft?	21
Abbildung 9	Gibt es eine überlegene Alternative zur Marktwirtschaft?	22
Abbildung 10	Zustimmung zur Marktwirtschaft im internationalen Vergleich	23
Abbildung 11	Präferenz für Marktwirtschaft nach Alter	28
Abbildung 12	Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf das Unternehmen	30
Abbildung 13	Auswirkungen staatlicher Maßnahmen nach Größenklasse	31
Abbildung 14	Profit durch staatliche Maßnahmen von 2008/2009 bis heute	32
Abbildung 15	Kosten durch staatliche Maßnahmen von 2008/2009 bis heute	33
Abbildung 16	Situation im Wettbewerb durch staatliche Maßnahmen von 2008/2009 bis heute	33
Abbildung 17	Gesamtnutzen staatlicher Maßnahmen von 2008/2009 bis heute	34
Abbildung 18	Zukünftig erwarteter Profit durch staatliche Maßnahmen	34
Abbildung 19	Zukünftig erwartete Kosten durch staatliche Maßnahmen	35
Abbildung 20	Zukünftig erwartete Situation im Wettbewerb durch staatliche Maßnahmen	35
Abbildung 21	Zukünftig erwarteter Gesamtnutzen durch staatliche Maßnahmen	36
Abbildung 22	Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen nach Größenklasse	37
Abbildung 23	Gesamtnutzen nach Alter der Teilnehmer	37
Abbildung 24	Gesamtnutzen nach ordnungspolitischer Einstellung	38
Abbildung 25	Interessenvertretung durch den VDMA	39
Abbildung 26	Interessenvertretung durch den VDMA nach Größenklasse	39

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Die Rolle des Staates in der Wirtschaft	27
Tabelle 2	Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf das Unternehmen	29

# EXECUTIVE SUMMARY

Seit der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009 lässt sich international eine starke Zunahme von staatlichen Eingriffen beobachten. In Deutschland wurde als Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch eine Fülle finanzieller und regulatorischer Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen, die Wirtschaft zu stimulieren und die Konjunktur zu steuern. Der VDMA vertritt traditionell eine ordnungspolitische Grundausrichtung. Eine interventionistische Wirtschaftspolitik betrachtet der Verband eher kritisch. In vielerlei Hinsicht sind die VDMA-Mitgliedsunternehmen jedoch durch staatliche Interventionen begünstigt. Von einzelnen Unternehmensvertretern wurde der Wunsch nach stärkerer staatlicher Intervention öffentlich geäußert.

Es stellt sich daher die Frage, inwieweit der Wunsch nach mehr Staat von den Mitgliedsunternehmen des VDMA geteilt wird. Übersteigt der wahrgenommene Nutzen von staatlichen Eingriffen die zu erwartenden Kosten? Wie sollte der Staat aus Sicht der Mitgliedsunternehmen agieren? Welche Politik erwarten sie vom VDMA?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurde eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des VDMA durchgeführt. Dieser Bericht enthält eine Auswertung der Ergebnisse. Zunächst wird die Fragestellung in den Kontext der Literatur eingebettet. Es folgt eine detaillierte Analyse der Antworten der Befragungsteilnehmer.

Die Idee, dass sich staatliches Engagement auf ordnungspolitische Eingriffe beschränken sollte, entstand Anfang der 1930er Jahre vor dem Hintergrund der damaligen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse. Die Vertreter des Ordoliberalismus, wie Walter Eucken oder Alexander Rüstow, erkannten, dass die reine Marktwirtschaft eine inhärente Tendenz zur wirtschaftlichen Vermachtung und damit zur Unfreiheit hat. Sie propagierten eine freiheitliche, auf den Grundsätzen der Marktwirtschaft beruhende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in welcher die Rolle des Staates darin besteht, den freien Wettbewerb in der Wirtschaft sicherzustellen.

Die empirische Forschung liefert Hinweise dafür, dass eine Zurückhaltung des Staates tatsächlich wünschenswert ist. Eine Vielzahl von Forschungsarbeiten verwendet den Economic Freedom Index, um wirtschaftliche Freiheit zu quantifizieren und deren Konsequenzen zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Studien deuten an, dass größere wirtschaftliche Freiheit in vielfältiger Weise positive Auswirkungen hat. Beispielsweise lässt sich ein positiver Zusammenhang zu wirtschaftlichem Wachstum oder unternehmerischer Initiative feststellen.

Um die Umfrageergebnisse einordnen zu können, ist es wichtig zu wissen, wie die Deutschen staatlichen Eingriffen gegenüberstehen. Die Einstellungen der befragten Unternehmensvertreter dürften von ihrem kulturellen Umfeld beeinflusst sein. Repräsentative Befragungen der deutschen Bevölkerung deuten an, dass eine knappe Mehrheit der Freiheit eine höhere Bedeutung zumisst als der sozialen Gerechtigkeit. Allerdings antwortet ein Drittel, dass der Staat stärker in die Wirtschaft eingreifen sollte. In der deutschen Bevölkerung lässt sich demnach nur bedingt eine Befürwortung ordnungspolitischer Positionen feststellen.

Die Umfrage zeigt, dass die Vertreter der VDMA-Mitgliedsunternehmen ordnungspolitische Positionen stärker verinnerlicht haben. Direkte staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen werden eindeutig abgelehnt. Die Befragten bezweifeln, dass der Staat über mehr Wissen verfügt als die Marktteilnehmer und sich glaubwürdig nur zeitlich begrenzt engagiert. Vermutlich bedingt durch gute Erfahrungen in den letzten Jahren, werden zeitlich begrenzte Konjunkturprogramme allerdings weitgehend akzeptiert.

Für 91 % der Unternehmen ist mindestens eine von vielen gelisteten staatlichen Maßnahmen von Bedeutung. Insbesondere die Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt (Kurzarbeitergeld, Qualifizierungsmaßnahmen) waren für eine Mehrheit der Unternehmen relevant. Die Ergebnisse deuten an, dass die teilnehmenden Unternehmen im Durchschnitt zwar positive Effekte mit den staatlichen Maßnahmen in Verbindung bringen, in stärkerem Ausmaß aber zusätzliche Kosten erwarten. Insbesondere für die Zukunft sind sich die Teilnehmer weitgehend einig, dass die Kosten durch staatliche Maßnahmen, z. B. in Form von Steuererhöhungen, steigen werden.

Im Hinblick auf die Frage, ob die Nutzen der im Zeitraum 2008/2009 bis heute getätigten staatlichen Maßnahmen deren Kosten übersteigen, lässt sich Uneinigkeit unter den Teilnehmern feststellen. Für die Zukunft sind die Teilnehmer eher pessimistisch, dass der Nettonutzen der staatlichen Maßnahmen positiv sein wird. Es überwiegt die Erwartung, dass in den nächsten fünf Jahren der Nutzen die Kosten staatlicher Maßnahmen nicht übersteigen wird. Den Unternehmen scheint bewusst zu sein, dass staatliche Eingriffe zumindest langfristig Kosten nach sich ziehen werden.

Die Antworten auf die Frage, in welcher Art sich der VDMA nach Ansicht seiner Mitglieder in seiner Interessenvertretung einsetzen soll, zeigen, dass die bisherige Ausrichtung des VDMA nicht in Frage gestellt wird. Rund drei Viertel der Teilnehmer lehnt es ab, dass sich der VDMA für die Förderung von Einzelinteressen einsetzt. Allerdings zeigt dieses Ergebnis ebenfalls, dass der Wunsch nach Vertretung von Einzelinteressen nicht nur eine Einzelmeinung ist.

Die Analyse deutet an, dass die ordnungspolitische Grundausrichtung des VDMA mit den Interessen seiner Mitglieder im Einklang ist. Die berichteten Einstellungen der Teilnehmer weisen auf eine ordnungspolitische Orientierung hin. Für die Teilnehmer überwiegen eher die Kosten als die Nutzen von staatlichen Maßnahmen. Die Ergebnisse der Umfrage, ebenso wie ökonomische Überlegungen, stützen die ordnungspolitische Grundausrichtung des VDMA. Er sollte daran festhalten.



# I EINLEITUNG

Seit der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009 lässt sich international eine starke Zunahme von staatlichen Eingriffen beobachten. In Deutschland wurde als Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch zusätzlich zu den Konjunkturpaketen I und II eine Fülle finanzieller und regulatorischer Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen, die Wirtschaft zu stimulieren und die Konjunktur zu steuern. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien wird bislang kaum auf marktwirtschaftliche Prinzipien vertraut. Der Energiesektor ist darüber hinaus durch vielfältige staatliche Eingriffe gekennzeichnet, die den Wettbewerb verzerren. Der zwischen CDU/CSU und SPD geschlossene Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode lässt eine weitere Zunahme von Markteingriffen und somit des Ausmaßes an staatlicher Lenkung erwarten.

Der VDMA vertritt traditionell eine ordnungspolitische Grundausrichtung. In Anlehnung an ordoliberalen Ideen setzt sich der Verband dafür ein, dass sich staatliches Engagement auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft konzentriert. Eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die letztlich die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen verzerrt, betrachtet der VDMA eher kritisch. In vielerlei Hinsicht sind die VDMA-Mitgliedsunternehmen jedoch durch staatliche Interventionen begünstigt. Staatliche Eingriffe, wie die Vorschriften im Energiebereich oder die im Rahmen der Konjunkturpakete I und II eingesetzten finanziellen Mittel, dürften für die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus – zumindest kurzfristig – von Vorteil sein. Von einzelnen Unternehmensvertretern wurde der Wunsch nach stärkerer staatlicher Intervention sogar öffentlich geäußert.

Es stellt sich daher die Frage, inwieweit der Wunsch nach mehr Staat von den Mitgliedsunternehmen des VDMA geteilt wird. Welche Nutzen und Kosten verbinden die Unternehmen mit den bestehenden staatlichen Eingriffen? Übersteigt der wahrgenommene Nutzen die zu erwartenden Kosten? Wie sollte der Staat aus Sicht der Mitgliedsunternehmen agieren? Welche Politik erwarten sie vom VDMA?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurde eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des VDMA durchgeführt. Die Teilnehmer wurden befragt, welche Rolle der Staat in der Wirtschaft ihrer Ansicht nach einnehmen sollte. Es wurde erfasst, welche Nutzen und Kosten den Unternehmen gemäß eigener Einschätzung bisher durch bestehende staatliche Interventionen entstanden sind und welche Auswirkungen in der Zukunft erwartet werden. Die Teilnehmer wurden darum gebeten anzugeben, wie der VDMA die Interessen der Mitglieder vertreten sollte. Weiterhin wurden die Charakteristika des Unternehmens und der befragten Person erfasst.

Dieser Forschungsbericht enthält eine Analyse der Ergebnisse. Zunächst wird die Fragestellung in den Kontext der Literatur eingebettet. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine detaillierte Beschreibung und Analyse der Umfrageergebnisse.

Um feststellen zu können, ob die Politik des VDMA den wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitglieder entspricht, bedarf es zunächst eines Verständnisses davon, was die ordnungspolitische Grundausrichtung inhaltlich bedeutet. Darauf wird in Kapitel 2 eingegangen. Es wird erläutert, in welchem historischen Kontext die Idee, dass sich staatliches Engagement auf ordnungspolitische Eingriffe beschränken sollte, entstand und welche Vorstellungen konkret mit diesem Ansatz verbunden sind.

Während der Ordoliberalismus ein schlüssiges Konzept liefert, in welcher Art und Weise der Staat tätig werden sollte, lässt sich die Frage, welche Konsequenzen es hat, wenn wirtschaftliche Prozesse weniger stark staatlich beeinflusst werden, in erster Linie empirisch beantworten. Ist es aus Sicht der empirischen Forschung überhaupt wünschenswert, dass staatliche Interventionen vermieden werden?

Angesichts der Vielzahl von ökonomischen Untersuchungen zur Wirkung staatlicher Eingriffe, ist eine Beschränkung auf zusammenfassende Indikatoren sinnvoll. Einen Anhaltspunkt kann die Staatsquote liefern. Der Staat greift aber auch mit regulatorischen Maßnahmen in den Wirtschaftsprozess ein. Einen Versuch, das Ausmaß an wirtschaftlicher Freiheit eines Landes zu quantifizieren, ist der Economic Freedom Index. Viele Forschungsarbeiten verwenden den Index, um die Konsequenzen von wirtschaftlicher Freiheit zu untersuchen. Der Index und die Ergebnisse einiger auf dem Index basierender Forschungsarbeiten werden in Kapitel 3 vorgestellt.

Die ökonomische Forschung deutet darauf hin, dass Präferenzen für staatliche Eingriffe und Umverteilung stark durch die historischen Erfahrungen und die Kultur eines Landes geprägt sind. Die Einstellungen der befragten Unternehmensvertreter dürften von ihrem kulturellen Umfeld beeinflusst sein. Es ist deswegen wichtig, zu wissen, wie die Deutschen generell staatlichen Eingriffen und ordnungspolitischen Positionen gegenüberstehen. Im vierten Kapitel werden Ergebnisse von Befragungen innerhalb der deutschen Bevölkerung zum Stellenwert von Freiheit, zur Tätigkeit des Staates – allgemein und in konkreten Bereichen – und zu den individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Wirtschaftssystems berichtet.

Das fünfte Kapitel wendet sich der Umfrage unter den Mitgliedern des VDMA zu. Zunächst wird die Umfragemethodik beschrieben. Es wird auf die Konzeption des Fragebogens und die Merkmale und Repräsentativität der Stichprobe eingegangen. Das sechste Kapitel enthält eine umfangreiche deskriptive Auswertung der Antworten auf die Fragen, welche Rolle dem Staat aus Sicht der Teilnehmer im Wirtschaftsprozess zukommt, welche Auswirkungen staatliche Interventionen auf das eigene Unternehmen haben und welche Interessenvertretung vom VDMA gewünscht wird.

Das siebte Kapitel diskutiert die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Literatur. Es wird analysiert, in welchem Umfang die Einstellungen der Umfrageteilnehmer mit ordnungspolitischen Positionen kongruent sind. Die Positionen der Unternehmensvertreter werden mit den Einstellungen der deutschen Bevölkerung kontrastiert. In Kapitel 8 werden die Ergebnisse zusammengefasst und ein Fazit gezogen.

## 2 WAS IMPLIZIERT DIE „ORDNUNGSPOLITISCHE AUSRICHTUNG“ DES VDMA?

Der VDMA vertritt bislang eine ordnungspolitische Grundausrichtung. Um feststellen zu können, ob die Politik des VDMA den wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitglieder entspricht, bedarf es eines besseren Verständnisses davon, was eine ordnungspolitische Grundausrichtung inhaltlich bedeutet und welche Vorhaben damit verbunden werden.

Ordnungspolitik ist einer von zwei grob unterscheidbaren Bereichen, in welchem Wirtschaftspolitik stattfinden kann. Im Rahmen der Ordnungspolitik legt der Staat die Spielregeln für den Wirtschaftsprozess fest. Ordnungspolitik zielt darauf ab, durch zweckmäßige Ausgestaltung des Regelrahmens gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnismuster hervorzubringen. Die institutionellen Rahmenbedingungen für individuelles Handeln sollen so gestaltet werden, dass die Akteure ihre Ziele bestmöglich verwirklichen können. Versuche, bestimmte Ergebnisse herzustellen, werden abgelehnt. Dem gegenüber steht die Prozesspolitik. Durch prozesspolitische Maßnahmen greift der Staat direkt in den Spielverlauf ein. Er beeinflusst wirtschaftliche Prozesse, um bestimmte Ergebnisse im konkreten Fall zu erzielen. Der Staat verhält sich somit interventionistisch.

Bei der Konzeptionierung der optimalen Wirtschaftspolitik werden der Ordnungs- und Prozesspolitik je nach Denkschule unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen. Während immer noch viele Vertreter des Keynesianismus weitreichende Prozesspolitik und die Steuerbarkeit der Konjunktur, sogar der Wirtschaft insgesamt, durch den Staat postulieren, sehen die Vertreter des Modells der Sozialen Marktwirtschaft diese Eingriffe eher kritisch. Vertreter des Ordoliberalismus propagieren hingegen, dass sich der Staat auf die Ordnungspolitik konzentrieren sollte. Für die Ordoliberalen ist Ordnungspolitik Programm und somit die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe.

So schematisch diese Gegensätzlichkeit von Ordnungs- und Prozesspolitik konstruiert ist, so zutreffend illustriert sie doch die sich historisch gegenüberstehenden Strömungen der wirtschaftspolitischen Analyse. Sie entspricht zudem der heute noch vorherrschenden Unterscheidung in diejenigen, die ein größeres Zutrauen in den Marktprozess haben, und diejenigen, die der staatlichen Politik stärker vertrauen.

Der Ordoliberalismus entstand Anfang der 1930er Jahre vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Ereignisse. Die Grundgedanken entwickelten der Nationalökonom Walter Eucken (1899-1950) und die Rechtswissenschaftler Hans Großmann-Doerth (1894-1944) und Franz Böhm (1895-1977). Die Wissenschaftler waren zu dieser Zeit an der staatswissenschaftlichen Fakultät in Freiburg tätig, was dem Kreis den Namen „Freiburger Schule“ einbrachte.

Gemeinsamer Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass die Wirtschaftsordnung der Weimarer Republik zusehends durch Interessengruppen und Kartelle vermachtet war (Eucken 1932). Die Freiburger Forschungsgemeinschaft wies darauf hin, dass die bestehende Wirtschaftsordnung nicht den Bürgern, sondern Partikularinteressen diene und die Privilegierung von Interessengruppen das freiheitliche System aushebelte. Sie erkannten, dass die reine Marktwirtschaft eine inhärente Tendenz zur wirtschaftlichen Vermachtung und damit zur Unfreiheit hat.

Deswegen lehnten die Freiburger diese Wirtschaftsordnung ebenso ab wie die Zentralverwaltungswirtschaft, die dem Staat einen ähnlichen Machtanspruch zuerkennt. Stattdessen propagierten sie als dritte Form eine freiheitliche, auf den Grundsätzen der Marktwirtschaft beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in welcher der Staat eine durchaus aktive Rolle, nämlich insbesondere zur Sicherung des freien Wettbewerbs in der Wirtschaft, einnimmt.

In ähnlicher Weise forderte Alexander Rüstow in seiner berühmt gewordenen Rede vor dem Verein für Socialpolitik am 28. September 1932 zur Garantie fairer Konkurrenz mit fairen Spielregeln „einen starken Staat, der über den Gruppen, über den Interessenten steht, einen Staat, der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen, wenn er in sie hineingeraten ist, wieder herauslöst. Und gerade dieses Sichbesinnen und Sichzurückziehen des Staates auf sich selber, diese Selbstbeschränkung als Grundlage der Selbstbehauptung, ist Voraussetzung und Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke.“ (Rüstow 1932/1963, S. 257).

Diese Konzeption bedeutet keineswegs die grundsätzliche Skepsis gegenüber allen Formen staatlicher Eingriffe. Walter Eucken (1952) beschreibt prägnant, welche Rolle sich die Ordoliberalen für den Staat vorstellen: „Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit – diese Frage geht am wesentlichen vorbei. Es handelt sich nicht um ein quantitatives, sondern um ein qualitatives Problem. Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst überlassen: Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.“

Franz Böhm betonte die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Ordnung gegen Gefährdungen durch private Macht und Kartelle zu verteidigen. Seiner Ansicht nach bietet ein funktionierender Wettbewerb das „genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“ (Böhm 1961). Der Staat soll sich demnach darauf konzentrieren, den Ordnungsrahmen bereitzustellen, der den Wettbewerb garantiert und die Entstehung von Marktmacht verhindert. Die Wirtschaftsordnung soll so gestaltet werden, dass möglichst wenig prozesspolitische Maßnahmen nötig sind, um gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse hervorzu- bringen. Prozesspolitische Eingriffe sollen gemäß diesem Konzept nur dann stattfinden, wenn der Markt nicht hinreichend funktioniert und der Staat bestehende Marktversagenstatbestände korrigieren kann und will. Wie Viktor Vanberg (1988, 1997) gezeigt hat, korrespondiert dieser traditionelle Forschungsansatz der Freiburger Schule vortrefflich mit dem jüngeren Forschungsprogramm der Verfassungsökonomik von James Buchanan (Feld und Köhler 2011).

Walter Eucken (1952) lieferte mit seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ ein systematisches Konzept, das heute noch für die deutsche Wirtschaftspolitik bedeutsam ist. Abbildung 1 stellt die Prinzipien dar, die für Eucken eine „menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung der Wirtschaft“ sicherstellen. Das Grundprinzip ist die Herstellung eines *funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz*. Damit verbunden ist die Einsicht, dass das Lenkungsproblem in einer Marktwirtschaft nur dann zufriedenstellend gelöst werden kann, wenn die Preise sich frei bilden können und Angebot und Nachfrage widerspiegeln. Daraus folgt die Ablehnung etwa von staatlichen Subventionen, Kartellen und Preisbeeinflussungen.

Die Wettbewerbsordnung beruht auf sechs konstituierenden Prinzipien. Eine wichtige Bedeutung hat die *Währungspolitik* („Primat“). Sie soll möglichst automatisch funktionieren und so ausgestaltet sein, dass der Geldwert stabil ist. Nur unter diesen Umständen können Preise eine Signalfunktion haben. Die *Märkte* sollen *offen* sein, d. h. private und staatliche Marktzutritts-schranken und Beschränkungen des Freihandels sollen vermieden werden. *Privateigentum* stellt die Handlungsfreiheit der Akteure sicher, Verfügungsmacht und -freiheit werden garantiert. Gleichzeitig zwingt Privateigentum dazu, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Weiterhin sollen die Akteure über die *Freiheit* verfügen, ungehindert *Verträge* zu schließen. Allerdings unterliegt die Vertragsfreiheit einer Beschränkung dahingehend, dass nur Verträge geschlossen werden dürfen, die mit wirtschaftlichem Wettbewerb zu vereinbaren sind. Kartellverträge auf Kosten Dritter sind damit ausgeschlossen. Eng verbunden mit der Vertragsfreiheit ist das *Haftungsprinzip*. Akteure müssen für ihre Handlungen die Verantwortung übernehmen. Risiken und Verluste dürfen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Zuletzt wird die Bedeutung einer *konstanten Wirtschaftspolitik*

betont. Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen Vertrauen und ermöglichen einen langfristigen Planungshorizont für die im Wettbewerb stehenden Unternehmen. Dies gilt für die gesamte Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt aber für die Finanz- und Steuerpolitik.

Ferner definiert Eucken vier regulierende Prinzipien, die wirtschaftspolitische Eingriffe in den Marktprozess begründen, sofern dies nach Befolgung der konstituierenden Prinzipien noch notwendig ist. *Monopolbildung* soll durch eine konsequente Wettbewerbspolitik verhindert werden. *Einkommenspolitik* soll in beschränktem Rahmen stattfinden, beispielsweise durch ein progressives Steuersystem und staatliche Transfers. *Externe Effekte* stellen einen Fall von Marktversagen dar. Sie sollen durch staatliche Eingriffe, z. B. in der Umweltpolitik, internalisiert werden. Staatliche Eingriffe werden zudem dann als gerechtfertigt angesehen, wenn es zu *anomalen Verhalten des Angebots* kommt (wenn bei sinkenden Preisen das Angebot steigt).

Von gesetzlichen Mindestlöhnen ist bei Eucken keine Rede. Er sieht gleichwohl die Notwendigkeit der Eingriffe am Arbeitsmarkt, wenn die zuvor genannten Möglichkeiten der

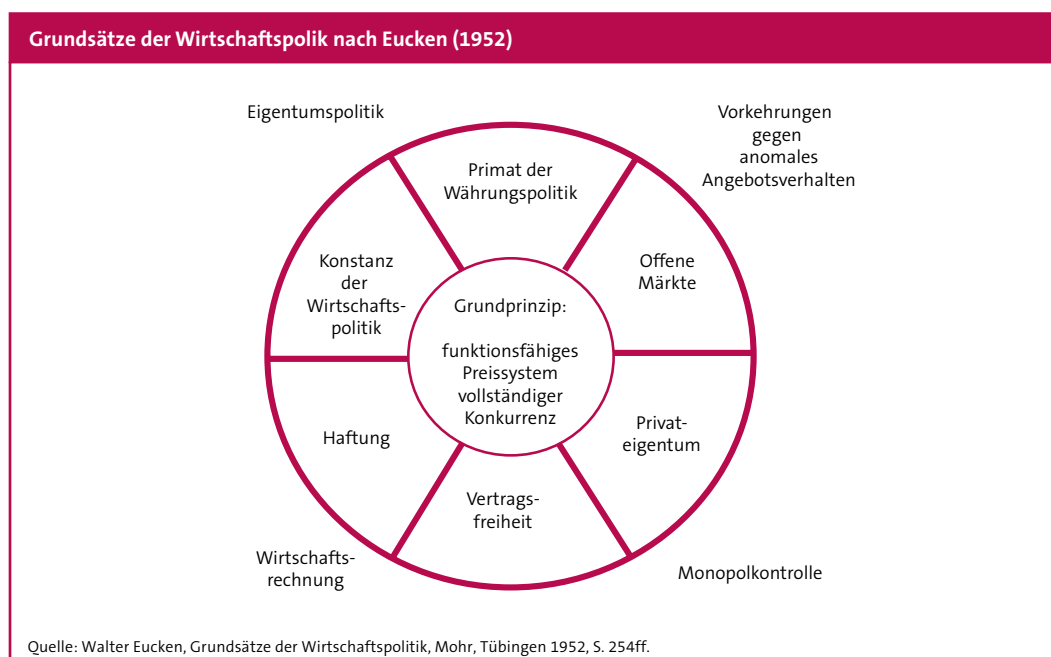


Abbildung 1

Wirtschaftspolitik ausgereizt sind und sich dennoch Arbeitsmarktprobleme ergeben. Der Arbeitsmarkt wird von Eucken als besonders angesehen, seine Funktionsweise nicht mit derjenigen einfacher Gütermärkte gleichgesetzt.

Eucken betont, dass es notwendig ist, die *Interdependenz der Ordnungen* zu berücksichtigen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die gesellschaftliche Ordnung, die wirtschaftliche Ordnung und die politische Ordnung sich wechselseitig beeinflussen. Gleichwohl verweist Eucken (1940, S. 156ff.) die rechtliche und politische Ordnung in den „Datenkranz der Wirtschaft“. Das bedeutet, dass diese Ordnungen als gegeben angenommen werden und nicht selbst Gegenstand ökonomischer Analyse sein können. Dies steht im Widerspruch zur modernen politischen Ökonomik.

Die Vorstellungen der Ordoliberalen finden sich im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wieder. Obgleich ordnungspolitische Grundsätze in diesem Konzept zentral sind, nimmt die Korrektur der Marktergebnisse durch Sozial-, Konjunktur- oder Arbeitsmarktpolitik dort einen größeren Raum ein. Wie Müller-Armack (1976) herausstellte: „Wir sprechen von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen. Es bedeutet [...] dass uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur dass dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist als eine solche Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Nach der Gründung der BRD wurden wichtige ordnungspolitische Weichenstellungen getroffen, etwa die Preisfreigabe durch das Leitsatzgesetz, die gesetzliche Verankerung der Tarifautonomie, das Bekenntnis zu Preisniveaustabilität oder die Einführung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und des Bundeskartellamts.

Allerdings gab es über die konkrete Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft von Beginn an Streit (Tietmeyer 2004). Der ordnungspolitische und der soziale Gehalt stehen in ständigem Konflikt und variieren im Laufe der Zeit. Bis zur Jahrtausendwende wurde der Sozialgehalt durch die Ausdehnung von Sozialleistungen und Interventionen immer stärker ausgebaut. Die Reformen, die im Rahmen der Agenda 2010 durchgeführt wurden, stellten eine Trendwende dar. Sie sorgten für eine Begrenzung sozialstaatlicher Ansprüche und flexibilisierten den Arbeitsmarkt. Seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieser Reformkurs ins Stocken geraten. Seit der Bundestagswahl des Jahres 2013 schickte sich die Bundesregierung sogar an, frühere Reformen wieder zurückzunehmen (Sachverständigenrat 2013).

Die Ordnungspolitik unterlag dabei zugleich von wissenschaftlicher Seite einem erheblichen Wandel. Die Ausrichtungen der akademischen Schüler und Enkel Böhms, Euckens, Müller-Armacks, Röpkes und Rüstows belegen dies. Friedrich Lutz etwa, ein Schüler Euckens und langjähriger Vorstand des Walter Eucken Instituts, ließ sich in den 1950er und 1960er Jahren trotz seiner ordnungspolitischen Standfestigkeit makroökonomisch wohl eher im keynesianischen Lager verorten. Im weiteren Verlauf nahmen die deutschen Ordnungsökonomien vielfach Hayekianische Positionen ein oder schlossen sich dem monetaristischen Denken Milton Friedmans an. Die Entwicklungen in der Wissenschaft machten vor der deutschen Ordnungsökonomik nicht halt. Die Ordnungsökonomik differenzierte sich zudem aus, sodass manche der diesem Forschungsbereich zuzurechnenden Personen eher der Institutionenökonomik, andere der Public Choice oder der Verfassungsökonomik Buchanans zuneigten.

Kaum eine wirtschaftspolitische Institution in Deutschland illustriert diesen Wandel besser als der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Grunde ein Kind des Keynesianismus stellte der Sachverständigenrat von Anfang an in seinen Jahresgutachten die mikrotheoretische Fundierung seiner Argumente sicher. In den siebziger Jahren wagte der Sachverständigenrat dann den Schritt zum Monetarismus und entwickelte das Konzept der Angebotspolitik. Für Olaf Sievert (2003, S. 35) waren die tragenden Gedanken der Jahresgutachten über den gesamten Zeitraum durchweg mikroökonomisch und ordnungspolitisch, nicht interventionistisch, eher am Markt- als am Kreislaufzusammenhang, eher mittel- und langfristig als kurzfristig orientiert. Diese ordnungspolitische Orientierung des Sachverständigenrats hat sich bis heute gehalten.

Die ordnungspolitische Grundausrichtung, die der VDMA verfolgt, steht in der Tradition der ordoliberalen Denkschule. Trotz allen Wandels im Laufe der Zeit hat sich die Ordnungspolitik im VDMA als Konstante erhalten. Kleinewefers (1995), Präsident des VDMA von 1993 bis 1995, warnte beispielsweise – ganz im Sinne der Ordoliberalen – vor den Verzerrungen, die punktuelle Staatseingriffe mit sich bringen. Für den Maschinen- und Anlagenbau stelle die durch „Staatseingriffe verursachte Aushöhlung des Leistungswettbewerbs [...] eine konkrete Schädigung ihrer aus eigener Kraft erreichten und bislang erfolgreich verteidigten Wettbewerbsposition“ dar.

Wittenstein (2008), Präsident des VDMA von 2007 bis 2010, führte jüngst aus, welche Industriepolitik aus Sicht des VDMA wünschenswert ist: „Gute Industriepolitik beginnt mit der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen. [...] Die Politik sollte sich möglichst nicht zum Schiedsrichter darüber machen, welche Innovationsrichtungen zukunftssträftig sind und welche nicht. [...] Eingriffe sollten marktkonform sein, das heißt die Informations- und Steuerungsfunktion der Märkte nutzen, statt sie auszuhebeln.“ Lindner, Präsident des VDMA von 2010 bis 2013, äußerte die Grundüberzeugung, dass der Staat „am effizientesten ist [...], wenn er gar nicht unternehmerisch tätig ist“ und forderte die Einführung einer Staatsbremse, konkret „einer Staatsquote von 40 %, die als langfristiges Ziel festgeschrieben werden solle“ (Stiftung Marktwirtschaft, 2012).

Die ordnungspolitische Grundausrichtung des VDMA ist als das Bekenntnis zu einer Politik zu verstehen, die sich auf die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für alle Unternehmen konzentriert.

### 3 STAATSTÄTIGKEIT UND DIE BEDEUTUNG WIRTSCHAFTLICHER FREIHEIT

Während der Ordoliberalismus ein schlüssiges Konzept liefert, in welcher Form der Staat tätig werden sollte, bleibt umstritten, ab welchem Ausmaß Staatsintervention tatsächlich schädlich ist. Wieviel Freiheit braucht ein Wirtschaftssystem, um erfolgreich zu sein? Die Frage lässt sich in erster Linie empirisch beantworten. Zur Beantwortung müssen zwei Herausforderungen bewältigt werden. Einerseits muss quantifiziert werden, in welchem Ausmaß in einem Land wirtschaftliche Prozesse dem Markt überlassen werden, ohne dass der Staat interveniert. Zweitens müssen Variablen festgelegt werden, anhand derer sich der Erfolg des Systems messen lässt.

Ein typischer Indikator für das Ausmaß staatlicher Eingriffe ist die Staatsquote. Abbildung 2 zeigt die deutschen Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Zeitverlauf. In den 1960er und 1970er Jahren wurde die Staatstätigkeit massiv ausgeweitet. Erst die Regierung Kohl reduzierte die Staatsquote am Vorabend der Wiedervereinigung auf 43,6 Prozent. Im Zuge der Wiedervereinigung stiegen die

Staatsausgaben jedoch wieder an. Seitdem lässt sich – abgesehen von einem Ausreißer im Rahmen der Finanzkrise durch die Konjunkturprogramme und den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes – ein weiterer Rückgang der Staatsquote in Richtung von 40 Prozent beobachten. In den vergangenen Jahren kann sowohl in der Bundes- als auch in den Landespolitiken, eine Reduktion der Staatseingriffe festgestellt werden. Es steht noch aus, ob die große Koalition tatsächlich eine Trendwende einleiten wird. In dieser Entwicklung spiegeln sich neben ideologischen Einflüssen die gegenläufigen Effekte der Globalisierung – Steuerwettbewerb vs. die stärkere Nachfrage nach sozialer Absicherung – genauso wie erste Auswirkungen des demografischen Übergangs.

Abbildung 3 stellt die deutsche Staatsquote in den Kontext ausgewählter Länder. Die nordischen Staaten weisen deutlich höhere Staatsquoten auf als Deutschland. Beispielsweise liegt die Staatsquote von Dänemark bei 60 Prozent. In der Schweiz hingegen liegt die Staatsquote nur bei 34 Prozent. Obwohl die Politik des

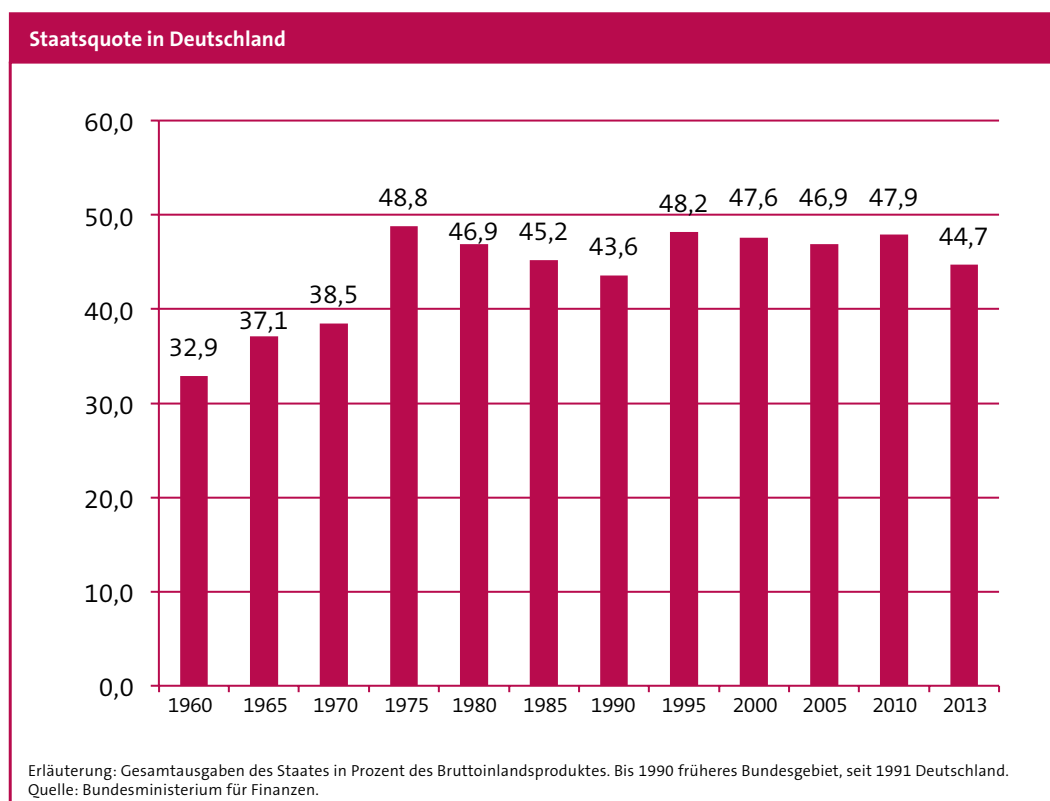


Abbildung 2



Vereinigten Königreichs seit Margaret Thatcher regelmäßig mit einer ideologisch orientierten Rückführung der Staatsquote in Verbindung gebracht wird, ist die Staatsquote seit 2005 höher als die der Bundesrepublik. Der deutsche Pragmatismus scheint demnach nachhaltiger gewesen zu sein, als die Politik, die im Vereinigten Königreich verfolgt wurde.

Die Staatsquote erfasst nur einen Teil der staatlichen Eingriffe. Der Staat greift aber auch mit regulatorischen Maßnahmen in den Wirtschaftsprozess ein. Um die verschiedenen Eingriffe zu berücksichtigen, wurden zusammenfassenden Indizes entwickelt. Eine Vielzahl von ökonomischen Forschungsarbeiten quantifiziert die wirtschaftliche Freiheit in einem Land anhand des *Economic Freedom of the World Index* des Fraser Instituts. Der Index ermöglicht den Vergleich von Wirtschaftssystemen über die Zeit und international, indem er unterschiedliche Bereiche der Wirtschaftspolitik in einer Maßzahl zusammenführt. Der Index wurde erstmals 1996 publiziert, er reicht bis 1970 zurück (Gwartney et al. 1996). Mittlerweile wird die wirtschaftliche Freiheit in 152 Ländern quantifiziert. Da der Index weitgehend auf quantitativen Variablen basiert, ist die

Konstruktion relativ transparent.<sup>1</sup> Eine Vielzahl von Faktoren wird aggregiert, die in fünf Bereiche gegliedert sind. In den ersten Bereich des Index geht ein, wie groß das Ausmaß an Staatstätigkeit ist. Der zweite Bereich erfasst die rechtlichen Rahmenbedingungen, z.B. den Schutz von Eigentumsrechten sowie regulatorische Restriktionen. Der dritte Bereich quantifiziert, in welchem Ausmaß es eine stabile Geldpolitik und einen stabilen Geldwert gibt. Der vierte Bereich des Index erfasst die Offenheit von Märkten, z.B. Beschränkungen des Waren- und Kapitalverkehrs. Der fünfte Bereich misst, in welchem Ausmaß Unternehmensgründung, Arbeitsmarkt und Kreditmarkt reguliert sind. In Anhang A.1 findet sich eine genauere Erläuterung der in den Subindizes enthaltenen Informationen.

<sup>1</sup> Ein alternativer Index ist der Index of Economic Freedom der Heritage Foundation/Wall Street Journal. Dieser bezieht auch qualitative Bewertungen mit ein, was zu einer geringeren Transparenz führt (Cummins 2000). Allerdings zeigen De Haan und Sturm (2000), dass die wirtschaftliche Freiheit der berücksichtigten Länder ähnlich gerankt wird.

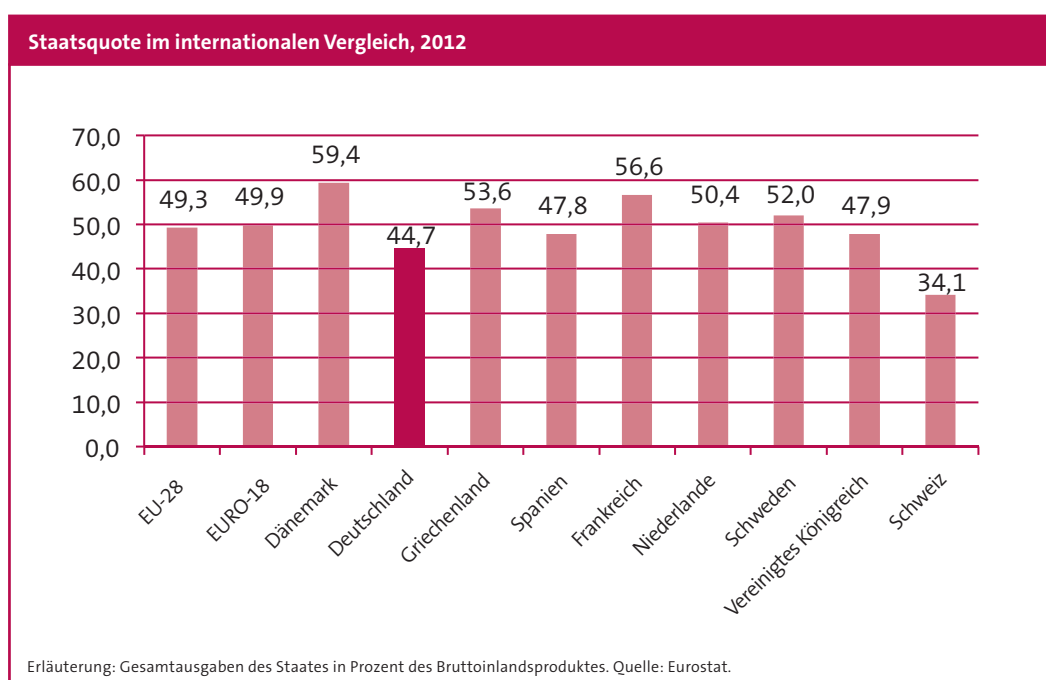


Abbildung 3

Die Subindizes können Werte von 0 bis 10 annehmen. Länder mit stärkerer Staatstätigkeit, geringerem Schutz der Eigentumsrechte, geringerer Geldwertstabilität, umfangreicheren Handelsbeschränkungen und stärkerer Regulierung der Märkte erhalten geringere Werte. Die Subindizes werden zu einem Gesamtindex aggregiert, der ebenfalls von 0 bis 10 skaliert ist. Ein höherer Wert des Index bedeutet eine größere wirtschaftliche Freiheit. Ein höherer Wert kann so aufgefasst werden, dass die institutionelle Ausgestaltung eines Landes eher einer aus ordnungspolitischer Sicht wünschenswerten Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung entspricht.

Sortiert man die Länder absteigend nach wirtschaftlicher Freiheit belegt Deutschland in 2011 den 19. Rang (von 152). Hong Kong ist das Land mit der größten wirtschaftlichen Freiheit (Indexwert 8,97). Venezuela bildet das Schlusslicht (Indexwert 3,93). Abbildung 4 zeigt die wirtschaftliche Freiheit für Deutschland im Zeitverlauf. Der Gesamtindex nimmt konstant einen Wert von etwa 7,5 an. Zumindest bis 2011 (dem letzten verfügbaren Jahr) lässt sich anhand dieser Information kein Rückgang der wirtschaftlichen Freiheit in Deutschland feststellen.

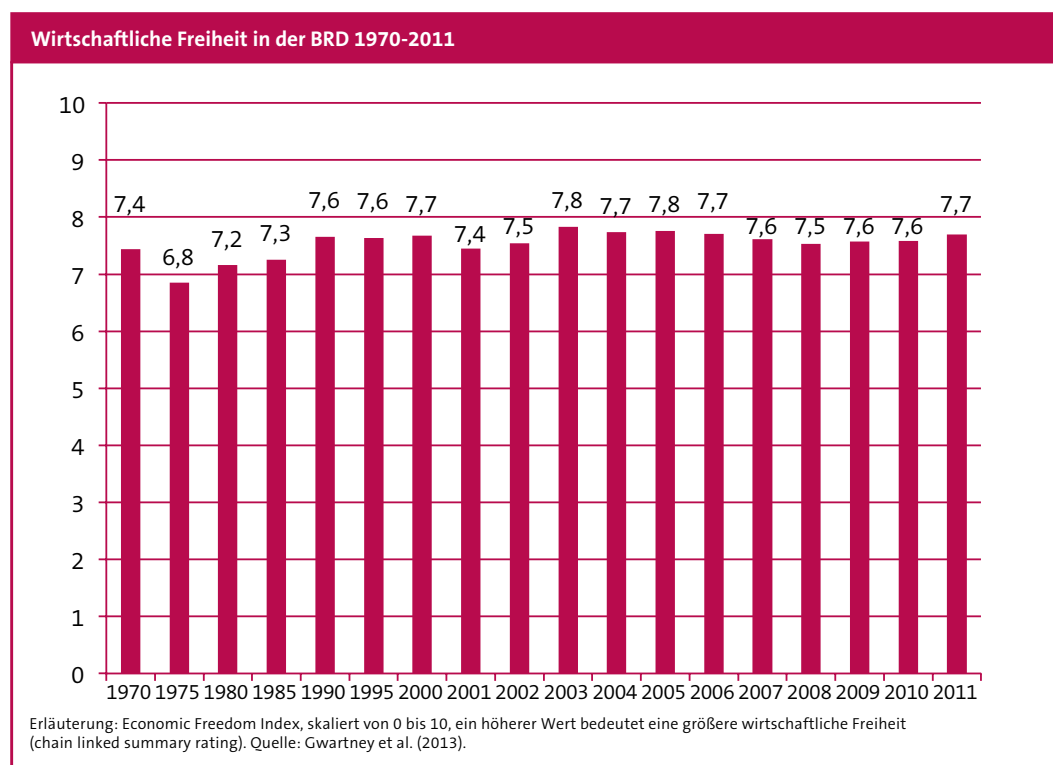


Abbildung 4

Abbildung 5 differenziert die fünf Bereiche wirtschaftlicher Freiheit, die in den Gesamtindex eingehen, für die Jahre 2005 und 2011. Während in Deutschland sehr große Freiheit im Hinblick auf den Rechtsrahmen und das Geldsystem besteht, erreicht Deutschland im Bereich der Staatsquote nur einen Wert knapp über der Hälfte der 10-Punkteskala, was in 2011 den 90. von 152 Rängen darstellt. Darin spiegeln sich die umfangreichen staatlichen Interventionen nieder.

Um den Wert besser vergleichbar zu machen, zeigt Abbildung 6 die wirtschaftliche Freiheit in Deutschland und anderen ausgewählten entwickelten Ländern. Zwischen den ausgewählten Ländern besteht kein großer Unterschied. Angesichts nennenswerter Unterschiede in den Staatsquoten, etwa zwischen Schweden und Deutschland, ist dies bemerkenswert. Offensichtlich variiert der Zusammenhang zwischen der Staatsquote und der Effizienz von Lösungen bzw. der Erreichung von Verteilungszielen mit weniger großen Verzerrungen.

Um in Erfahrung zu bringen, welche Bedeutung wirtschaftliche Freiheit hat, müssen Kriterien definiert werden, anhand derer sich der Erfolg eines Wirtschaftssystems messen lässt. Wirtschaftliches Wachstum ist ein besonders beliebter – wenngleich umstrittener – Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt. Eine Vielzahl von empirischen Studien analysiert den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wirtschaftswachstum.

Gwartney et al. (2006) zeigen beispielsweise, dass eine Veränderung der wirtschaftlichen Freiheit um einen Punkt auf der Skala des Economic Freedom Index das Wirtschaftswachstum um 1 bis 1,5 Prozentpunkte erhöhen kann. Doucouliagos (2005) wertet systematisch 52 Studien zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wirtschaftswachstum aus. Er berücksichtigt dabei Arbeiten, die auf Basis des Economic Freedom Index oder einem von drei vergleichbaren Indizes erstellt wurden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass ein positiver Zusammenhang zwischen

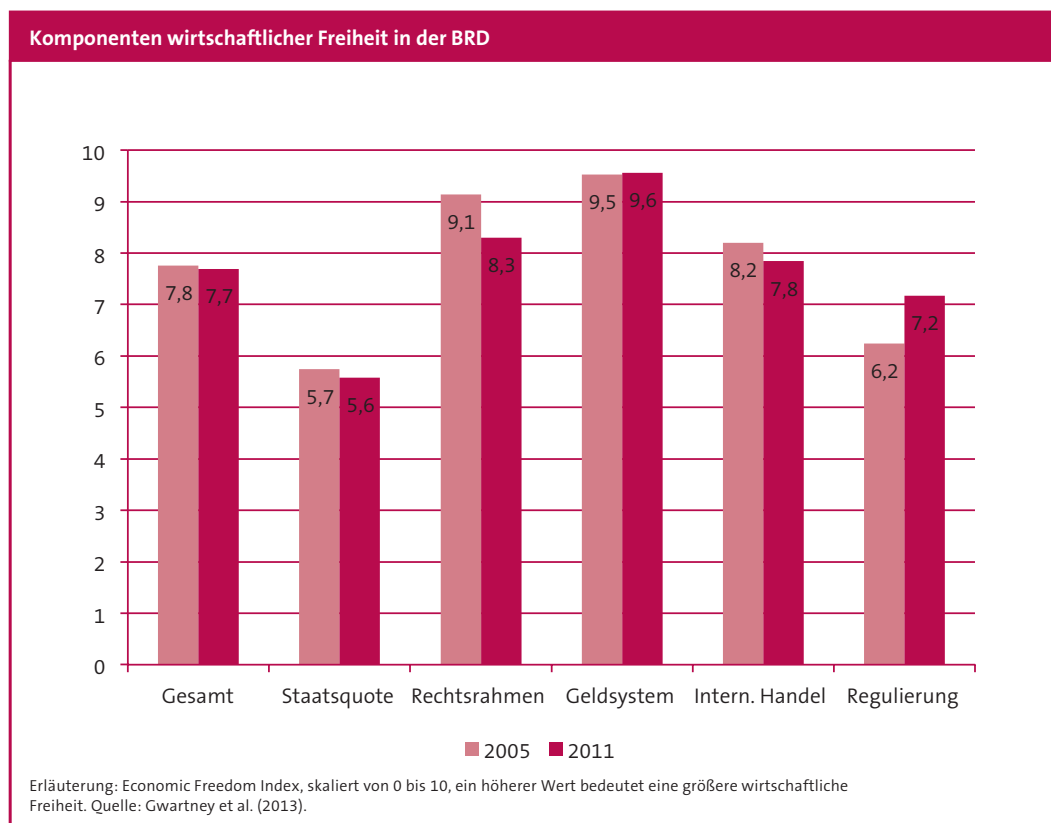


Abbildung 5

Freiheit und Wachstum besteht. Allerdings ergibt seine Studie auch, dass sich der häufige positive Befund teilweise damit erklären lässt, dass nur die Studien veröffentlicht werden, die zu einem positiven Ergebnis kommen („Publikationsverzerrung“).

Ein weiteres wichtiges Kriterium ist unternehmerische Initiative. Bjørnskov und Foss (2008) und Nyström (2008) verwenden den Economic Freedom Index, um zu untersuchen, ob Freiheit einen positiven Einfluss auf unternehmerisches Engagement hat. Beide Studien kommen zu dem Befund, dass verschiedene Bereiche von wirtschaftlicher Freiheit einen positiven Effekt haben. Bjørnskov und Foss (2008) zeigen, dass eine geringere Staatsquote und höhere Geldwertstabilität einen positiven Einfluss auf unternehmerische Aktivitäten haben. Nyström (2008) kommt zu dem Ergebnis, dass eine geringere Staatsquote, bessere rechtliche Rahmenbedingungen und weniger Regulierung mit einem höheren Anteil von Selbstständigen einhergehen.

Es gibt eine Vielzahl weiterer Studien, die sich mit den Auswirkungen von wirtschaftlicher Freiheit auf Investitionen, Entwicklungshilfe, Glück, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, soziale Ungleichheit, Umweltschutz, sportliche Aktivität und

andere Faktoren beschäftigen. Hall und Lawson (2014) werten aus, wie viele Studien, die den Economic Freedom Index als erklärenden Faktor verwenden, zu einem „guten Ergebnis“ kommen. Als „gute Ergebnisse“ werden eine positiver Relation zu Wachstum, Investitionen, Frieden, Menschenrechten und Glück etc. und ein negativer Zusammenhang zu Einkommensungleichheit, Krieg und Menschenrechtsverletzungen etc. gewertet. Nach diesem Befund kommen zwei Drittel aller Studien (134 von 198 Studien) zu einem „guten Ergebnis“. Wirtschaftliche Freiheit, d. h. eine Zurückhaltung des Staates, scheint in vielfältiger Weise positive Auswirkungen auf die Wirtschaft zu haben.

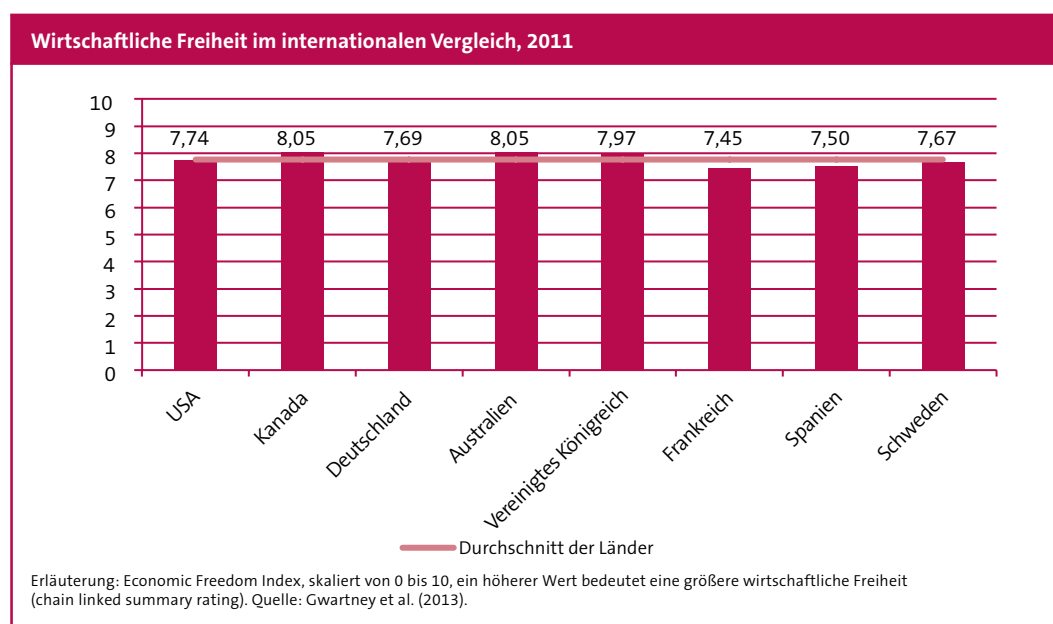


Abbildung 6

## 4 ORDNUNGSPOLITISCHE EINSTELLUNG DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

Die ökonomische Forschung liefert Belege, dass Präferenzen für staatliche Eingriffe und Umverteilung stark durch die historischen Erfahrungen und die Kultur eines Landes geprägt sind (z. B. Corner und Grüner 2002, Alesina und Giuliano 2010, Luttmer und Singhal 2011). Beispielsweise hat sich gezeigt, dass das Leben in der DDR einen anhaltenden Einfluss auf die Einstellung zu staatlicher Umverteilung hat. Ostdeutsche befürworten eher Staatsinterventionen; die Differenz lässt sich nicht durch wirtschaftliche Unterschiede erklären (Alesina und Fuchs-Schündeln 2007). Auch die Einstellungen von Unternehmensvertretern dürften von ihrem kulturellen Umfeld beeinflusst sein. Es ist deswegen wichtig zu wissen, wie die Deutschen staatlichen Eingriffen bzw. ordnungspolitischen Positionen gegenüberstehen.

Das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach befragt regelmäßig eine repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren zu ihrer Einstellung zur Wirtschaftsordnung. Erfragt werden beispielsweise der Stellenwert von Freiheit, die Einstellung zur Tätigkeit des

Staates – allgemein und in konkreten Bereichen – und die individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Wirtschaftssystems. Die Befragungen liefern einen großen Fundus von Ergebnissen, der Einsichten in die politischen Überzeugungen der Deutschen gewährt.

Das Institut dokumentiert seit vielen Jahren, was der Bevölkerung „letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit?“ Wie Abbildung 7 zeigt, ist den Deutschen im Konfliktfall die Freiheit wichtiger. Im Zeitraum der Jahre 1998 bis 2013 antworten im Durchschnitt 45 %, dass sie sich letzten Endes für die Freiheit entscheiden würden. Für durchschnittlich 40 % ist Gleichheit und soziale Gerechtigkeit wichtiger. Diese grundlegende Präferenz ist über die Zeit nur geringen Schwankungen ausgesetzt. Lediglich das Jahr 2006 zeigt eine Umkehr der Prioritäten an. Allerdings ist festzuhalten, dass die Präferenz für die Freiheit nicht übermäßig stark ausgeprägt ist. Differenziert man die Antworten von Ost- und Westdeutschen, zeigt sich, dass knapp 60 % der

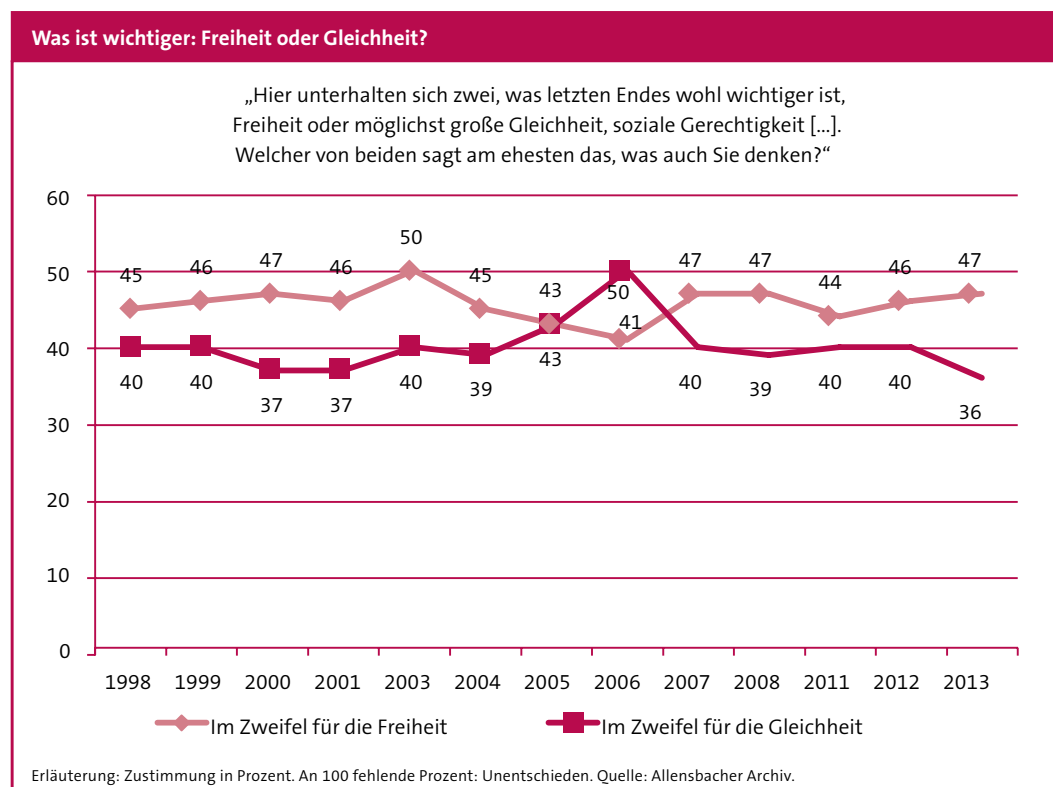


Abbildung 7

Ostdeutschen Gleichheit als wichtiger einstuft, während dies für nur knapp 40 % der Westdeutschen zutrifft (Petersen 2012). Das Bedürfnis nach Freiheit unterscheidet sich – vermutlich aufgrund der verschiedenen Erfahrungen – stark zwischen den zwei Teilen des Landes.

Der Begriff „Freiheit“ ist vieldeutig. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen davon, was Freiheit impliziert. Wie in Kapitel 2 ausgeführt, weist Eucken (1952) darauf hin, dass Freiheit nicht nur bedeuten sollte, dass Individuen sich frei entfalten können, sondern auch, dass sie Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen. Die Umfrageergebnisse von Allensbach dokumentieren, dass dieses Verständnis in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet ist (Petersen 2012). „Freiheit bedeutet, frei in seinen Entscheidungen zu sein, aber auch für diese Entscheidungen die Verantwortung zu übernehmen“ finden 45 % der Bevölkerung. Die Auffassung, dass Freiheit ausschließlich bedeutet, dass man tun kann, was einem gefällt, vertreten 29 %. Für 24 % bedeutet Freiheit, frei von sozialer Not zu sein.

Auch der Begriff der Gerechtigkeit umfasst verschiedene Dimensionen. Für die deutschen Bürger ist Chancengerechtigkeit mit Abstand am wichtigsten (durchschnittliche Wichtigkeit auf 11-stufiger Skala: 9,1). Es folgen Familien- und Leistungsgerechtigkeit (8.3). Generationengerechtigkeit (7.9) und Verteilungsgerechtigkeit (7.5) sind relativ gesehen am wenigsten wichtig (IfD Allensbach 2013, Köcher 2014). Gerech ist nach Ansicht der Mehrheit soziale Differenzierung in Verbindung mit sozialem Ausgleich. So finden es 80 % der Befragten gerecht, wenn Leute, die viel leisten, viel verdienen. Aber 73 % befürworten eine progressive Besteuerung (Köcher 2014).

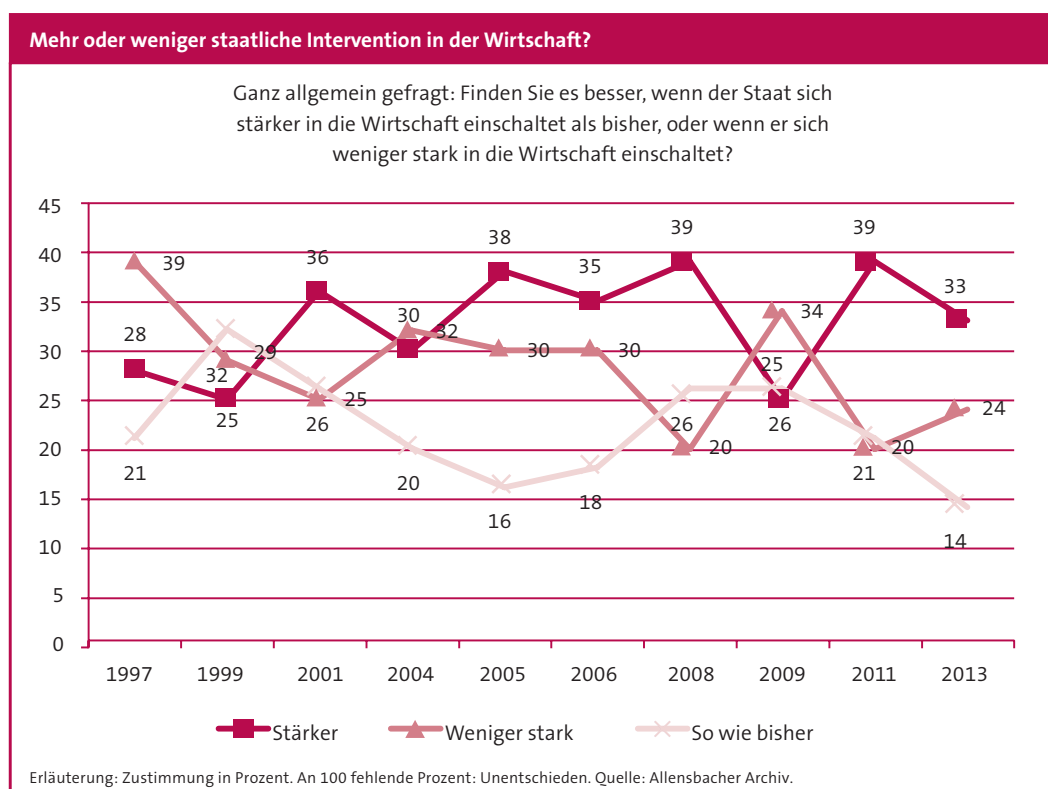


Abbildung 8

Von hoher Relevanz ist, welche Einstellung die Deutschen in Bezug auf staatliche Interventionen im Allgemeinen haben. Das IfD Allensbach erhebt regelmäßig, ob sich die Deutschen ein verändertes Engagement des Staates in der Wirtschaft wünschen. Abbildung 8 zeigt die Antworten auf diese Frage. Zwischen 1997 bis 2013 wünscht sich im Durchschnitt knapp ein Drittel, dass sich der Staat stärker als bisher einschaltet. Gute 28 % wünschen sich geringere Eingriffe, 22 % wünschen keine Veränderung.

Allerdings variieren die Antworthäufigkeiten im Zeitablauf stark. Während die Antworten um die Jahrtausendwende kein eindeutiges Bild zeigen, spricht sich seit 2005, dem Jahr des Inkrafttretens des Hartz IV-Gesetzes, der höchste Anteil dafür aus, dass sich der Staat stärker engagieren sollte. Eine Ausnahme ist das Jahr 2009, in dem der größte Anteil der Befragten dafür votiert,

dass sich der Staat weniger stark engagiert. Dieser Befund mag mit den kontrovers diskutierten staatlichen Stützungsaktionen zusammenhängen, die Ende 2008/Anfang 2009 verabschiedet wurden. Die Maßnahmen scheinen die Einstellung aber nur kurzzeitig beeinflusst zu haben.

Auf die Frage: „Glauben Sie, dass es Ihnen persönlich in einem anderen, stärker vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystem genauso/besser gehen würde, als es Ihnen heute geht, oder würde es Ihnen wirtschaftlich in einem anderen System schlechter gehen als heute?“ vermuten im Jahr 2013 nur 34 % der Westdeutschen und 18 % der Ostdeutschen an, dass es ihnen schlechter ginge (Petersen 2013).

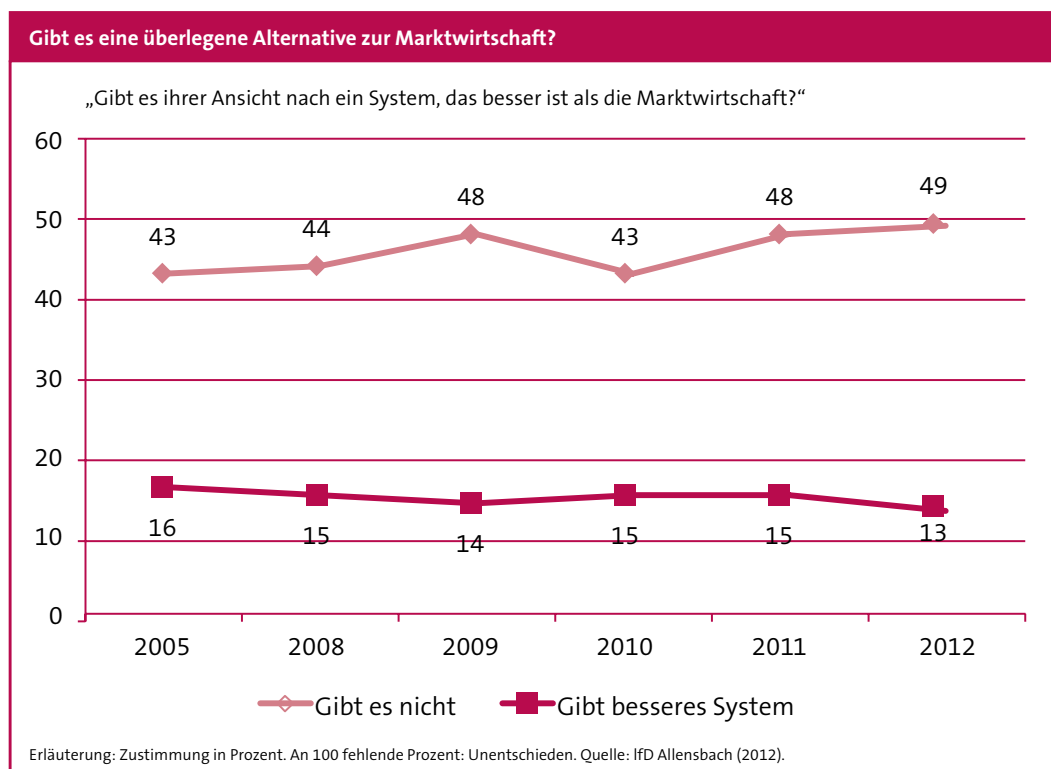


Abbildung 9

Der weitverbreitete Wunsch nach mehr Staat wirft die Frage auf, in welcher Art und Weise sich die Bevölkerung ein stärkeres Engagement wünscht. Das IfD Allensbach dokumentiert, wie die Bevölkerung zu konkreten politischen Maßnahmen steht. Im Jahr 2013 geben 46 % an, dass es gut wäre, wenn der Staat die Preise für Grundnahrungsmittel kontrollieren würde, 71 % sprechen sich dafür aus, dass der Staat Obergrenzen für Mieten festlegen sollte (Petersen 2013). Aus ordnungspolitischer Perspektive sind Preiskontrollen eindeutig abzulehnen. Gefragt, ob der Staat Wirtschaftszweige unterstützen sollte, die alleine nicht überlebensfähig sind, stimmen 31 % zu, dass dies richtig ist, weil dadurch viele Arbeitsplätze erhalten würden. Allerdings schließen sich immerhin 50 % dem ordnungspolitischen Argument an, dass Subventionen unwirtschaftliche Betriebe und Branchen künstlich am Leben erhalten, Ressourcen fehlleiten und den Wettbewerb verzerren (IfD Allensbach 2012).

Die Antworten deuten an, dass es in der Bevölkerung durchaus Skepsis gegenüber einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gibt. Gibt es in der deutschen Bevölkerung die Ansicht, dass es eine überlegene Alternative zur Marktwirtschaft gibt? Abbildung 9 deutet an, dass dies nicht so ist. Eine stabile, aber geringe Minderheit von etwa 15 % glaubt zwar, dass es ein System gibt, das besser als die Marktwirtschaft ist. Knapp die Hälfte der Bevölkerung ist aber vom Gegenteil überzeugt.

Die Marktwirtschaft als System erhält in Deutschland einen relativ hohen Zuspruch, wie Abbildung 10 zeigt. 62 % stimmen zu, dass die Marktwirtschaft das beste System ist, auf dem man die Zukunft bauen sollte. In anderen europäischen Ländern ist die Marktwirtschaft weitaus weniger beliebt. So sehen nur 39 Prozent der Franzosen die Marktwirtschaft als das beste System an.

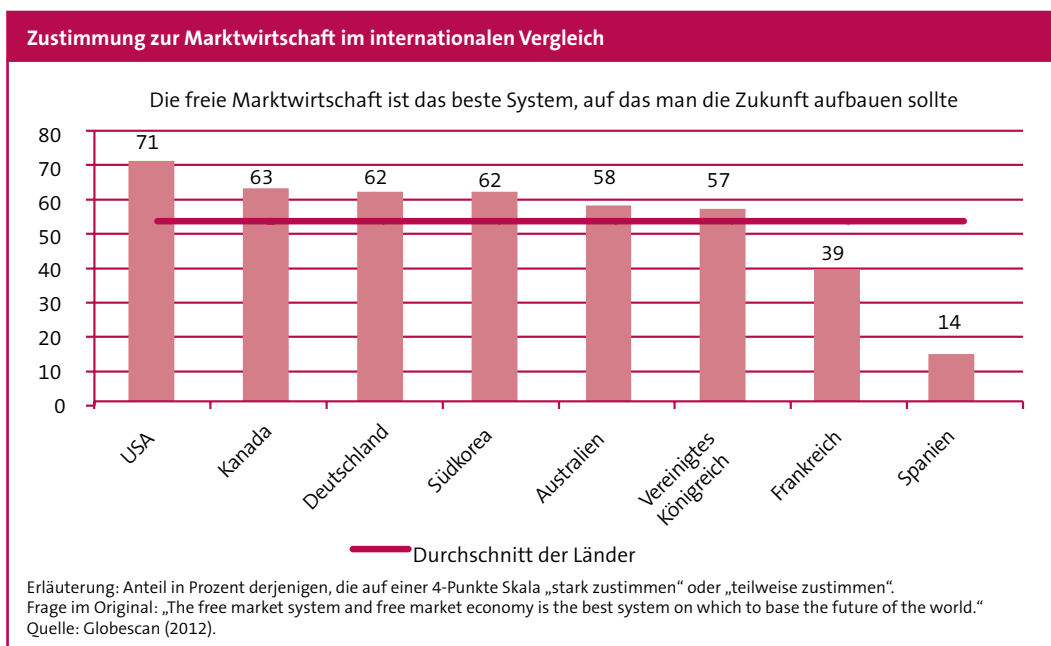


Abbildung 10



# 5 DIE UMFRAGE – METHODE UND TEILNEHMER

## 5.1 DESIGN DES FRAGEBOGENS

Die Befragung der VDMA-Mitgliedsunternehmen hinsichtlich der Akzeptanz einer ordnungspolitischen Ausrichtung ihres Verbandes ist vor dem Hintergrund der Literatur und angesichts der Tradition des VDMA besonders interessant. Bei der Konzeption des Fragebogens wurde Wert darauf gelegt, durch wenige, möglichst präzise Fragen ein umfangreiches Meinungsbild zu erhalten. Der Fragebogen, dargestellt in Anhang A.2, umfasste insgesamt 27 Fragen.

Im ersten Teil des Fragebogens wurden die Teilnehmer darum gebeten, ihre Meinung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft kundzutun. Eine Fragebatterie mit sieben Items zielte darauf ab, die Teilnehmer an die Thematik heranzuführen und ihre generelle Einstellung zu Staatseingriffen (Präferenz für Markt vs. Staat) zu erfassen.

Der zweite Teil des Fragebogens wendete sich den Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen für das Unternehmen zu. Die Teilnehmer wurden zunächst gebeten, einzuschätzen, ob eine Vielzahl von aufgelisteten staatlichen Maßnahmen Auswirkungen auf ihr Unternehmen hatte. Diese Frage diente dazu, den Teilnehmern das breite Spektrum der getätigten staatlichen Interventionen zu verdeutlichen.

Im Weiteren sollten die Teilnehmer angeben, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf das Unternehmen haben. Aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes (Separierung der Effekte staatlicher Maßnahmen von anderen Effekten) ist eine exakte Antwort auf solche Fragen unwahrscheinlich. Die Fragen zielten deswegen weniger darauf ab, die Nutzen und Kosten genau zu quantifizieren. Vielmehr sollte eine subjektive Einschätzung durch den Teilnehmer abgegeben werden. In der Einführung zu diesem Teil wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Teilnehmer Schätzungen abgeben sollten, sofern ihnen keine genauen Angaben vorlagen.

Ein zentrales Anliegen des VDMA ist es, durch die Studienergebnisse eine Orientierung zu erhalten, welche wirtschaftspolitische Interessenvertretung die Mitgliedsunternehmen wünschen. Die Teilnehmer wurden deswegen konkret befragt, wie sie sich die Tätigkeit vorstellen.

Es folgten in einem letzten Teil Fragen zum Unternehmen und zur Person. Diese Fragen zielten einerseits darauf ab, eine Differenzierung der Antworten nach Unternehmenscharakteristika zu ermöglichen. Andererseits sollten Informationen darüber gewonnen werden, welche Voraussetzungen die Teilnehmer mitbrachten.

Um die Verständlichkeit des Fragebogens sicherzustellen, wurde vorab ein Pre-Test durchgeführt. Vertreter von drei ausgesuchten Mitgliedsunternehmen des VDMA erklärten sich bereit, den Fragebogen bei (telefonischer) Anwesenheit der Studienverfasser auszufüllen. Die Pre-Test Teilnehmer wurden darum gebeten, die Verständlichkeit der Fragen und ihre Antworten zu kommentieren. Auf Basis des Pre-Tests konnten einige missverständliche Formulierungen identifiziert werden. Die Formulierungen wurden korrigiert und eine überarbeitete Fassung erstellt.

Die Umfrage wurde am 01.10.2013 gemeinsam mit dem VDMA Newsletter (VDMA top aktuell Nummer 10/2013) per e-mail versandt. Der Fragebogen war in Form eines bearbeitbaren PDFs an die Nachricht angehängt. Das PDF konnte nach dem Ausfüllen über einen Button „per email senden“ an die Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des VDMA gesendet werden. Im Newsletter wurde auf die Umfrage hingewiesen. Der VDMA und namentlich der VDMA-Präsident Dr. Thomas Lindner luden die Empfänger von top aktuell zur Teilnahme ein und baten um deren Meinung (der Wortlaut findet sich in Anhang A.3). Die Teilnehmer wurden gebeten, den Fragebogen innerhalb von zweieinhalb Wochen (bis zum 18.10.2013) zurückzuschicken.

## 5.2 TEILNEHMER

Insgesamt 191 Personen nahmen an der Umfrage teil. Der Verteiler umfasste 2861 Adressaten. Die Rücklaufquote bezogen auf die Angeschriebenen liegt damit bei 7 %. Es ist zu berücksichtigen, dass insbesondere in größeren Unternehmen mehrere Ansprechpartner den Newsletter erhalten und im Regelfall nur eine Antwort pro Unternehmen abgegeben wird. Die Rücklaufquote bezogen auf die VDMA-Mitgliedsunternehmen dürfte deswegen höher sein.

Die Antworten zur Beschäftigtenzahl und zur Rechtsform erlauben eine Einschätzung, ob die Stichprobe in Bezug auf dieses Merkmal repräsentativ ist. Ein Vergleich der Anzahl der Beschäftigten der teilnehmenden Unternehmen mit der Anzahl der Beschäftigten der Unternehmen im Maschinenbau (Stand: 2011) zeigt, dass die Stichprobe überproportional viele große Unternehmen enthält. Während im deutschen Maschinenbau 40 % der Unternehmen zwischen 20 und 49 Mitarbeiter haben, trifft dies für 18 % der teilnehmenden Unternehmen zu. Mehr als 1000 Beschäftigte werden von 15 % der teilnehmenden Unternehmen angegeben. Im Maschinenbau haben nur 2 % der Unternehmen eine entsprechend hohe Beschäftigtenzahl.<sup>2</sup> Ein Vergleich mit der Verteilung der VDMA-Mitglieder nach Rechtsform belegt, dass die Stichprobe weitgehend repräsentativ in Bezug auf dieses Merkmal ist.<sup>3</sup>

Weiterhin zeigen die Antworten, dass 49 % der Unternehmen durch den Eigentümer geführt werden und 55 % durch angestellte Manager. Der durchschnittliche Umsatz im Jahr 2012 ist 312 Millionen Euro, der Median ist 25,5 Mio. Euro. Als Umsatzrendite für das Jahr 2012 geben 8 % eine Rendite von unter 0 % an, 7 % antworten 0-2 %, 18 % antworten 2-4 %, 21 % antworten 4-7 %, 13 % antworten 7-10 % und 17 % geben eine Rendite von 10 % und mehr an. Keine Angabe machen 14 %.

Fast alle Teilnehmer sind männlich. Nur 6 % sind weiblich; keine Angabe machen 3,5 %. Knapp 2 % der Teilnehmer sind jünger als 30 Jahre, 5 % sind 30-40 Jahre alt, 34 % sind 40-50 Jahre alt, 41 % zwischen 50 und 60 und 17 % älter als 60 Jahre alt. Jeweils etwa 60 % geben an, eine technische oder wirtschaftliche berufliche Ausbildung zu haben, eine sonstige Ausbildung wird von 3 % angegeben. Sowohl eine technische als auch eine wirtschaftliche Ausbildung haben 25 % der Teilnehmer. Der Großteil der Teilnehmer ist Mitglied des Vorstandes oder der Geschäftsführung (85 %). Assistenz des Vorstands oder der Geschäftsleitung sind 5 %, 7 % in der Bereichsleitung, 3 % sind Abteilungsleiter und 1 % gibt an, Fachkraft zu sein.

2 Bezogen auf Größenklassengliederung im deutschen Maschinenbau 2011, Investitionserhebung des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 4, Reihe 4.2.1), Sonderauswertung.

3 Informationen bereitgestellt durch den VDMA.

## 6 ERGEBNISSE DER UMFRAGE

### 6.1 DIE ROLLE DES STAATES IN DER WIRTSCHAFT

Der erste Teil des Fragebogens erfragte von den Teilnehmern, welche Rolle der Staat ihrer Einschätzung nach in der Wirtschaft einnehmen sollte. Die Teilnehmer wurden gebeten, auf einer Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 6 (stimme voll zu) anzugeben, wie stark ihre Zustimmung zu sieben verschiedenen Aussagen ist.<sup>4</sup>

Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 1. Die ersten beiden Zeilen der Tabelle zeigen, dass sich die Teilnehmer einig sind, dass sich der Staat auf die Bereitstellung des Ordnungsrahmens konzentrieren und nur allgemeine Maßnahmen durchführen sollte, die nicht auf die Gewährung von Sondervorteilen ausgerichtet sind. Die durchschnittliche Zustimmung zu diesen beiden Aussagen ist 5,4. Die volle Zustimmung (Skalenwert 6) erhalten diese Aussagen von 56 % bzw. 64 %. Nur etwa 5 % stimmen den beiden Aussagen nicht zu (Skalenwerte 1-3).

Ähnlich hoch ist die Zustimmung zu der Aussage, dass der Erhalt von Wirtschaftsbereichen, die unter Marktbedingungen nicht mehr überlebensfähig wären, Innovationen verhindert und negative Wachstumseffekte erzeugt. Die mittlere Zustimmung zu dieser Aussage ist 5,1. Auch eine Industriepolitik mit der Förderung bestimmter Wirtschaftsbereiche wird weitgehend abgelehnt. Die durchschnittliche Zustimmung zu der Aussage, dass der Staat keine Industriepolitik machen sollte, ist 4,8.

Die Teilnehmer sind skeptisch, dass der Staat über mehr Wissen verfügt als die Marktteilnehmer. Die durchschnittliche Zustimmung zu der Aussage, dass der Staat besser als private Investoren beurteilen kann, ob ein neues Wirtschaftsfeld erschlossen oder eine bestimmte Technologie gefördert werden sollte, ist 2. Gar keine Zustimmung (Skalenwert 1) erhält diese Aussage von 37 % der Teilnehmer. Die Teilnehmer halten es für wenig glaubwürdig, wenn der Staat ankündigt, zeitlich befristet zu intervenieren. Die durchschnittliche Zustimmung zu dieser Aussage ist 2,9. Die vergleichsweise hohe Standardabweichung (1,4) deutet allerdings an, dass es in Bezug auf diese Aussage höhere Uneinigkeit unter den Teilnehmern gibt.

Zeitlich befristete Konjunkturprogramme werden von den Teilnehmern jedoch weitgehend akzeptiert. Die mittlere Zustimmung zu der Aussage, dass der Staat solche Programme durchführen sollte, ist 4,5. Obwohl in der Frage darauf hingewiesen wurde, dass die Teilnehmer vom Kurzarbeitergeld absehen sollten, ist es möglich, dass die positiven Erfahrungen mit diesem Instrument die Antworten beeinflusst haben.<sup>5</sup> Die psychologische Forschung zeigt, dass Individuen die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von in der Vergangenheit beobachteten Ereignissen systematisch überschätzen (genannt Rückschaufehler bzw. Hindsight Bias). Selbst wenn die Versuchsteilnehmer instruiert werden, bei ihrer Einschätzung von vergangenen Ereignissen abzusehen, geben sie entsprechende verzerrte Antworten (z. B. Arkes et al. 1988). Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass die vergleichsweise gute Erfahrung mit expansiver Geld- und Fiskalpolitik während der jüngsten Krise von Bedeutung ist.

<sup>4</sup> Um die interne Konsistenz der Skala zu überprüfen, kann die Maßzahl Cronbach's Alpha berechnet werden. Cronbach's Alpha gibt – vereinfacht gesagt – die durchschnittliche Korrelation zwischen den Items einer Fragebatterie an. Es wird als Maß dafür verwendet, zu welchem Grad die Items ein gemeinsames unterliegendes Konstrukt (z. B. Präferenz für Marktwirtschaft) erfassen. Cronbach's Alpha für die sieben Items der Fragebatterie ist 0,65. Dieser Wert wird als „akzeptable“ Evidenz dafür interpretiert, dass die Items ein gemeinsames unterliegendes Konstrukt messen.

<sup>5</sup> Der Hinweis, dass die Teilnehmer vom Kurzarbeitergeld absehen sollten, wurde nach der ersten Präsentation des Fragebogens im Rahmen der IMPULS-Kuratoriumssitzung eingefügt. Verschiedene Unternehmensvertreter äußerten die Ansicht, dass die Antworten sonst weitgehend durch die guten Erfahrungen mit dem Kurzarbeitergeld getrieben werden würden.

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft				
Aussage	Mittelwert	Standardabweichung	95 % Konfidenzintervall	
Der Staat sollte den Ordnungsrahmen bereitstellen, innerhalb dessen die Marktteilnehmer ihre Entscheidungen individuell treffen, er sollte nicht direkt ins Marktgeschehen eingreifen.	5,42	0,83	5,30	5,54
Wirtschaftsförderung durch den Staat sollte auf allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität und nicht auf die Gewährung von Sondervorteilen ausgerichtet sein.	5,43	0,96	5,29	5,56
Der Staat kann besser als private Investoren beurteilen, ob ein neues Wirtschaftsfeld erschlossen oder eine bestimmte Technologie gefördert werden sollte.	2,02	1,10	1,85	2,17
Der Staat sollte die Rahmenbedingungen für die Investoren sinnvoll festlegen und keine Industriepolitik mit einer Förderung bestimmter Wirtschaftsbereiche betreiben	4,81	1,19	4,64	4,98
Der Erhalt von Wirtschaftsbereichen, die unter Marktbedingungen nicht mehr überlebensfähig wären, verhindert Innovation und erzeugt negative Wachstumseffekte.	5,05	1,08	4,90	5,21
Es ist glaubwürdig, wenn der Staat ankündigt, bestimmte Wirtschaftsbereiche nur zeitlich begrenzt zu fördern.	2,86	1,43	2,65	3,07
Wenn Sie vom konjunkturellen Kurzarbeitergeld absehen, wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu? In einer Rezession sollte der Staat zeitlich befristete Konjunkturprogramme durchführen.	4,45	1,31	4,26	4,63
Erläuterung: Auf einer Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 6 (stimme voll zu), Basierend auf 187-190 Beobachtungen (d.h. ohne Berücksichtigung von fehlenden Angaben).				

Tabelle 1

Anhand einer Faktorenanalyse können die Informationen auf einen Faktor verdichtet werden. Ausgehend von der Annahme, dass die Items der Fragebatterien ähnliche Informationen erfassen, bietet die Reduktion der Information auf einen Faktor eine Möglichkeit, Unterschiede zwischen den Teilnehmern zu analysieren. Die Details der

Faktorenanalyse finden sich in Anhang A.4. Der extrahierte Faktor lässt sich als „Präferenz für Marktwirtschaft“ interpretieren. Ein höherer Wert bedeutet eine stärkere Zustimmung dazu, dass der Staat nicht in den Markt eingreifen sollte (Faktor standardisiert auf Mittelwert null, Standardabweichung eins).

Abbildung 11 zeigt die „Präferenz für Marktwirtschaft“ unterschieden nach dem Alter der Teilnehmer. Teilnehmer, die jünger als 50 Jahre sind, zeigen ein geringes Vertrauen in den Markt (negativer Wert). Teilnehmer, die mindestens 50 Jahre alt sind, haben hingegen eine größere Präferenz für Marktwirtschaft (positiver Wert). Die Unterschiede zwischen der ältesten und den jüngeren Gruppen sind statistisch signifikant. Kein (statistisch) signifikanter Unterschied findet sich zwischen Teilnehmern, die eine wirtschaftliche Ausbildung haben, und Teilnehmern ohne solche Ausbildung.

## 6.2 NUTZEN UND KOSTEN STAATLICHER MAßNAHMEN FÜR DAS UNTERNEHMEN

### 6.2.1 Welche staatlichen Maßnahmen hatten Auswirkungen?

Im zweiten Teil des Fragebogens wurden die Teilnehmer gebeten, anzugeben, welche staatlichen Maßnahmen seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 bis heute Auswirkungen auf ihr Unternehmen hatten. Die Teilnehmer sollten einschätzen, ob die verschiedenen aufgelisteten Maßnahmen direkt, indirekt oder nicht relevant für das Unternehmen waren. Unter dem Begriff Relevanz wird in diesem Zusammenhang verstanden, dass das Unternehmen von den Maßnahmen betroffen war. Unterschieden werden Finanzhilfen/Subventionen, Steuervergünstigungen, regulatorische Eingriffe (Vorschriften), Kredithilfen/Bürgschaften und andere Maßnahmen.

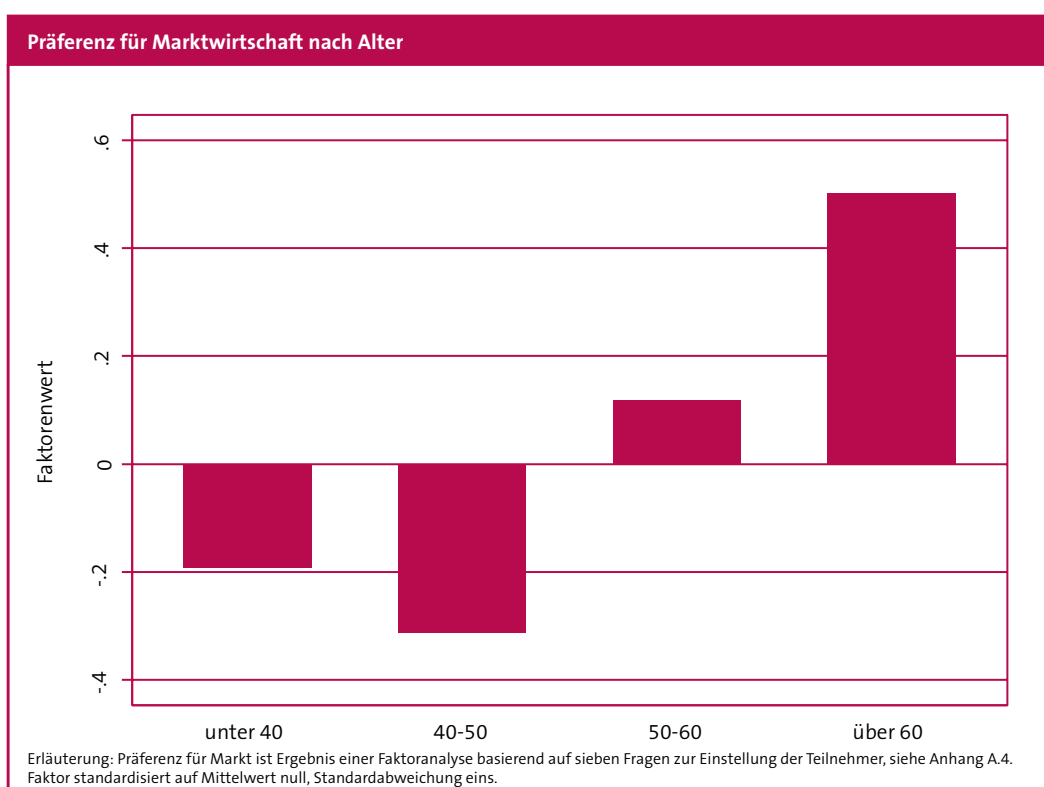


Abbildung 11

Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf das Unternehmen			
Staatliche Maßnahme	Direkt relevant	Indirekt relevant	Nicht relevant
<b>Finanzhilfen/Subventionen</b>			
Forschungsförderung des Unternehmens	27,8	14,4	57,8
Forschungsförderung im Rahmen einer Kooperation	20,7	21,3	58,0
Förderung erneuerbarer Energien	9,6	24,5	66,0
Stärkung der PKW-Nachfrage (Abwrackprämie)	2,7	19,3	78,1
Förderung der Beschäftigung durch das konjunkturelle Kurzarbeitergeld	65,1	10,6	24,3
Förderung der Beschäftigung durch Qualifizierungsmaßnahmen	31,8	24,9	43,4
<b>Steuervergünstigungen</b>			
Wiedereinführung der degressiven AfA	49,4	20,6	30,0
Steuerentlastung energieintensiver Unternehmen	14,7	14,7	70,5
Steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen gem. § 35a EStG	14,7	11,9	73,5
<b>Regulatorische Eingriffe (Vorschriften)</b>			
Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz	25,4	30,3	44,3
Abnahmepflicht und Einspeisevergütung nach EEG	22,5	20,8	56,7
<b>Kredithilfen/Bürgschaften</b>			
Exportkreditversicherungen (Hermes-Bürgschaften)	33,3	12,7	54,0
Kredit- und Bürgschaftsprogramm der KfW	28,2	16,5	55,3
Landesbürgschaften	8,7	9,8	81,4
Erläuterung: Zustimmung in Prozent. Anteile bezogen auf Teilnehmer, die nicht „Weiß nicht“ angaben.			

Tabelle 2

Tabelle 2 enthält detaillierte Informationen zur angegebenen Relevanz der gelisteten Maßnahmen. Eine zusammenfassende Darstellung findet sich in Abbildung 12. Die Abbildung enthält für jeden Typ von staatlichen Interventionen die Information, ob für das Unternehmen mindestens eine der gelisteten Maßnahmen direkt relevant war, mindestens eine Maßnahme indirekt relevant war (sofern keine direkte Relevanz berichtet wurde) oder ob keine der Maßnahmen direkt oder indirekt relevant war.

Abbildung 12a zeigt, dass für 77,5 % der Unternehmen mindestens eine staatliche Maßnahme, entweder in Form von Finanzhilfen oder Subventionen, direkt relevant war. Nur 5,8 % geben an, dass Finanzhilfen oder Subventionen keine Relevanz für ihr Unternehmen hatten. Die hohe Relevanz von Finanzhilfen/Subventionen ist insbesondere auf Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen, wie in Tabelle 2 ersichtlich ist. Nur 24 % der Teilnehmer geben an, dass die Förderung der Beschäftigung durch das konjunkturelle Kurzarbeitergeld keine Relevanz für ihr Unternehmen hatte. Für 65 % der Unternehmen

war diese Förderung direkt relevant. Qualifizierungsmaßnahmen waren für 56,7 % der Unternehmen direkt oder indirekt relevant.

Steigerung der Energieeffizienz, Abnahmepflicht und Einspeisevergütung nach EEG) profitierte etwa ein Viertel direkt (Tabelle 2).

Wie Abbildung 12b zeigt, waren Steuervergünstigungen für 54,5 % der Unternehmen direkt relevant und für 26,7 % indirekt. Gemäß Tabelle 2 hatte knapp die Hälfte der Unternehmen einen direkten Nutzen von der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Auf 20,6 % hatte das Instrument immerhin indirekte Wirkung. Regulatorische Eingriffe waren für je etwas mehr als ein Drittel direkt oder indirekt relevant, wie in Abbildung 12c zu sehen ist. Von den regulatorischen Eingriffen im Energiesektor (Regelungen zur

Staatliche Interventionen in Form von Kredithilfen oder Bürgschaften waren für 39,7 % der Unternehmen nicht relevant, 44,4 % profitierten direkt, 15,9 % indirekt von einer der gelisteten Maßnahmen aus diesem Bereich, wie Abbildung 12d zeigt. Exportkreditversicherungen oder Kredit- und Bürgschaftsprogramm der KfW waren für jeweils etwa 45 % relevant (direkt oder indirekt, siehe Tabelle 2).

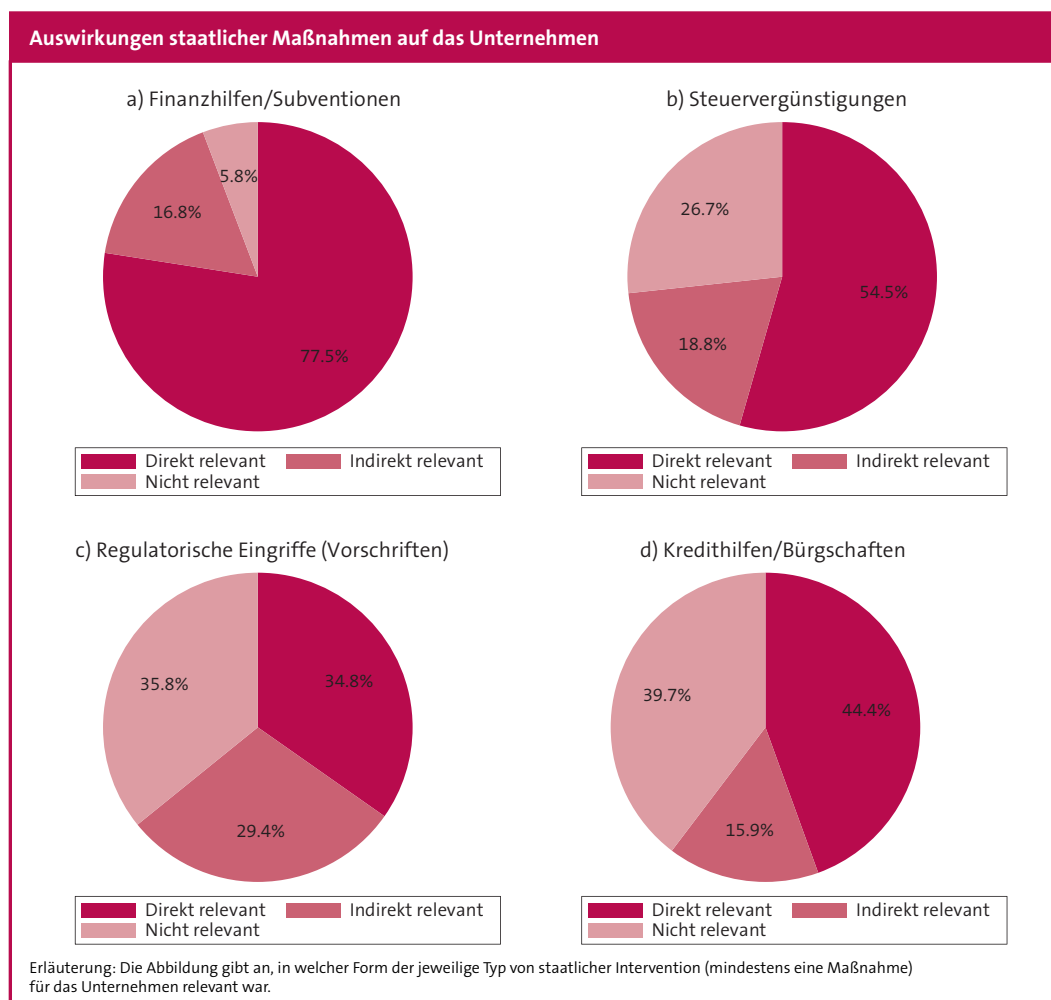


Abbildung 12

Diese Antworten deuten an, dass staatliche Maßnahmen für die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus weitgehend von Bedeutung sind. Eine Auswertung ergibt, dass seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 für 91 % der Unternehmen mindestens eine der gelisteten Maßnahmen relevant war. Differenziert man die Auswirkungen von staatlichen Maßnahmen nach Größenklasse (gemessen an der Zahl der Beschäftigten), zeigt sich, wie in Abbildung 13 ersichtlich, dass alle Unternehmen ähnlich stark von den staatlichen Maßnahmen profitierten.

## 6.2.2 Welche Nutzen und Kosten entstehen?

Im nächsten Schritt wurden die Teilnehmer gebeten, darüber Auskunft zu geben, welche Auswirkungen die staatlichen Maßnahmen auf das Unternehmen hatten bzw. haben werden. Konkret erfragt wurden die Auswirkungen auf den Profit und die Kosten des Unternehmens und die Position im internationalen Wettbewerb.

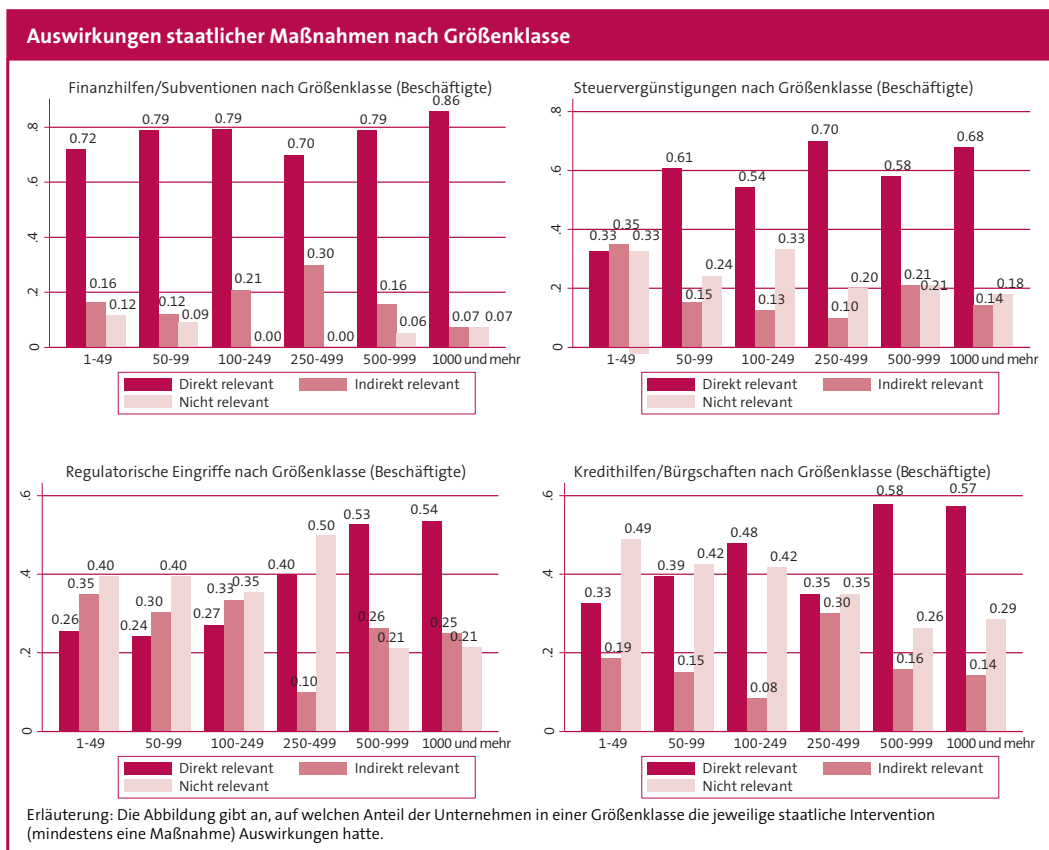


Abbildung 13



Abbildung 14 enthält eine Darstellung der Antworten auf die Frage, wie stark das Unternehmen nach Ansicht der Teilnehmer seit 2008/2009 profitiert hat. Knapp 60 % der Teilnehmer geben an, dass das Unternehmen leicht oder stark profitiert hat. Für 31,4 % der Unternehmen gab es keine Auswirkungen auf den Profit. Immerhin 7,3 % schätzen ein, dass der Profit von den Maßnahmen negativ beeinflusst war.

Eine Mehrheit der Unternehmen bringt mit den staatlichen Maßnahmen gestiegene Kosten, z. B. durch erhöhte Steuerbelastung oder zusätzliche Regulierung, in Verbindung (Abbildung 15). Für 56,5 % sind die Kosten durch staatliche Maßnahmen leicht gestiegen, für 9,4 % sind sie sogar stark gestiegen. Knapp ein Viertel kann bisher keine Veränderung der Kosten durch die staatlichen Maßnahmen feststellen.

Eine Veränderung der Position im internationalen Wettbewerb haben die staatlichen Maßnahmen, die im Zeitraum 2008/2009 bis heute durchgeführt wurden, nach Ansicht von 60 % der Teilnehmer nicht bewirkt. Die Antworten sind in Abbildung 16 dargestellt. Während 22 % eine leichte oder starke Verbesserung der Position feststellen, geben 14 % eine leichte oder starke Verschlechterung an.

Um zu verstehen, welche Wirkung die staatlichen Maßnahmen insgesamt hatten wurden die Teilnehmer gebeten, alle Nutzen und Kosten zusammenzufassen und auf einer Skala von 1=“trifft nicht zu“ bis 6=“trifft voll zu“ einzuschätzen, ob der Nutzen für das Unternehmen die von dem Unternehmen zu tragenden Kosten insgesamt übersteigt. Die mittlere Antwort ist 3,3. Keine Einschätzung wird von 10 % der Teilnehmer abgegeben. Die Verteilung der Antworten findet sich in Abbildung 17. Demnach schätzen die Unternehmen die Effekte der staatlichen Maßnahmen durchaus unterschiedlich ein. Die häufigste Antwort (Modus) ist 4. Teilt man die Skala in der Mitte und lässt die Antworten „Weiß nicht“ unberücksichtigt, so zeigt sich, dass die Stichprobe dadurch etwa in zwei Hälften geteilt wird.

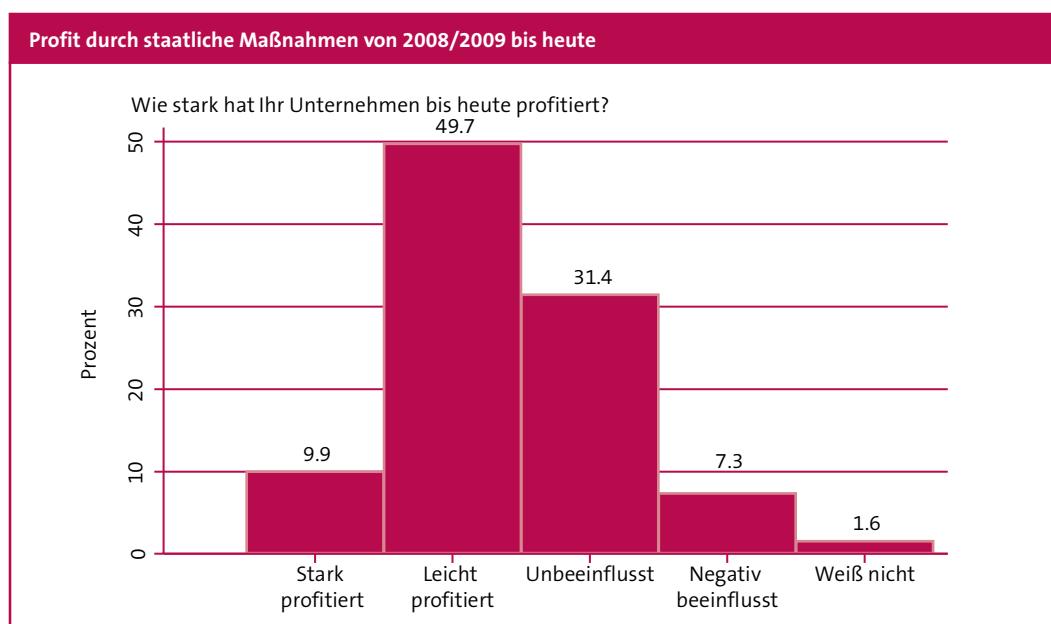


Abbildung 14

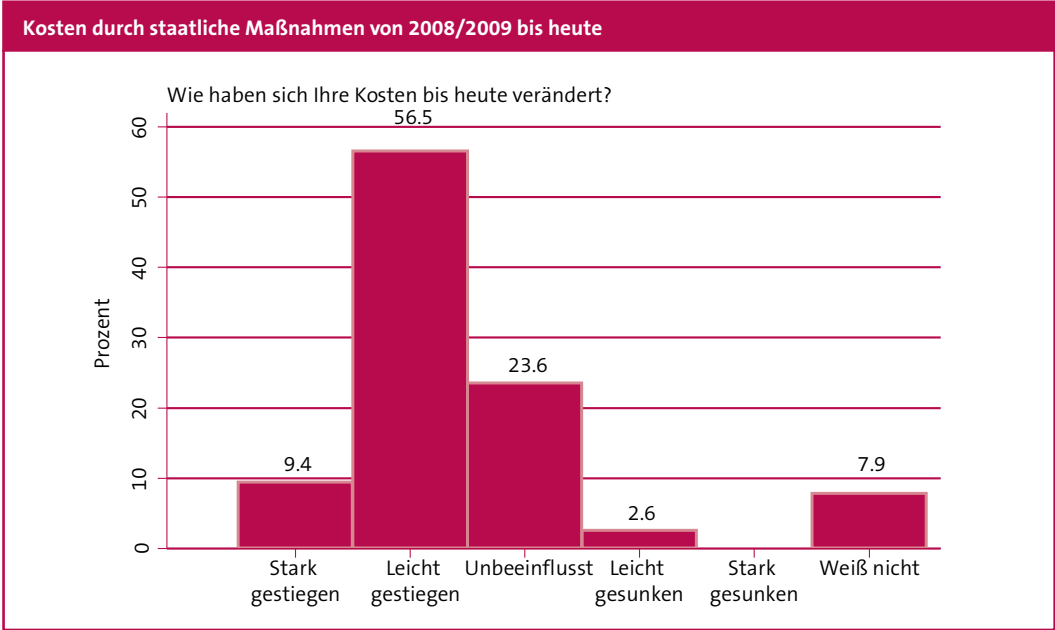


Abbildung 15

Als nächstes wurde erfasst, welche Nutzen und Kosten die Teilnehmer zukünftig erwarten. Dazu wurden die Teilnehmer – analog zu den bisherigen Auswirkungen – gebeten, eine Einschätzung abzugeben, welche Auswirkungen staatliche Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren haben

werden. Die Teilnehmer wurden gebeten, an die Maßnahmen zu denken, die sie anfänglich als für ihr Unternehmen relevant eingestuft hatten.

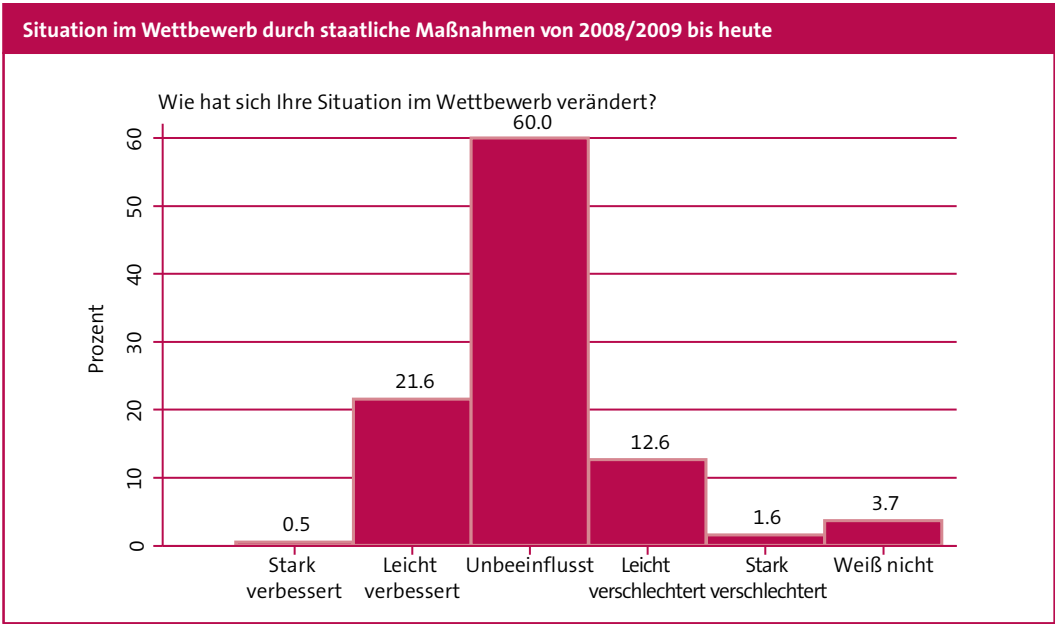


Abbildung 16

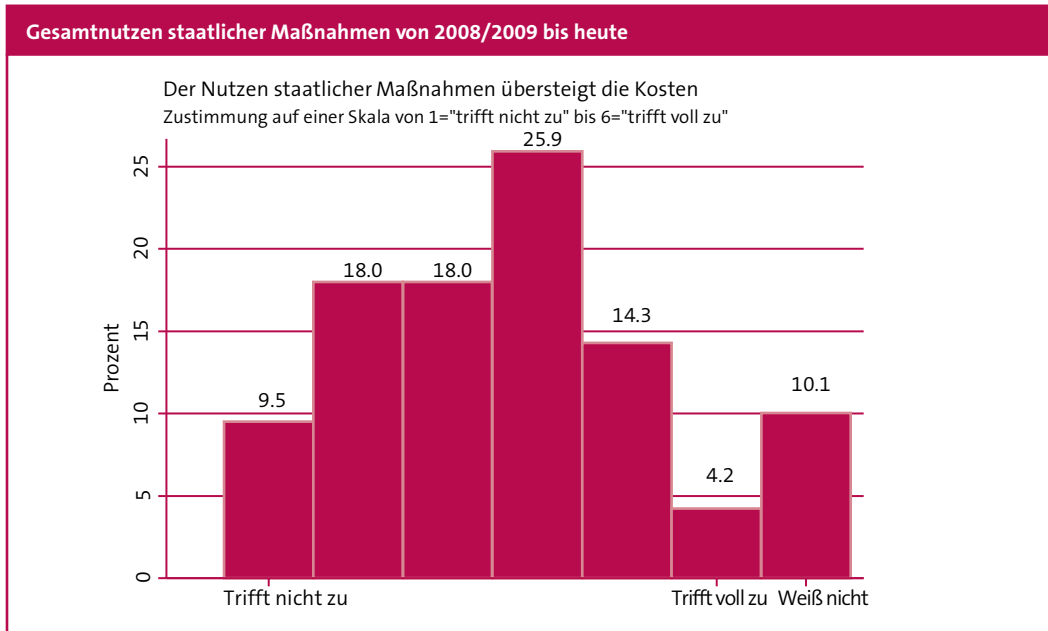


Abbildung 17

Abbildung 18 zeigt die Antworten auf die Frage, wie die Teilnehmer den zukünftigen Profit des Unternehmens einschätzen. Die Hälfte der Teilnehmer erwartet, dass der Profit des Unternehmens nicht von den staatlichen Maßnahmen beeinflusst sein wird. Knapp 34 % gehen davon aus, dass das Unternehmen leicht profitieren wird. Größere Einigkeit besteht darin, wie sich

die Kosten, die dem Unternehmen durch die staatlichen Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren entstehen werden, entwickeln. Wie in Abbildung 19 ersichtlich, erwarten 69,1 % eine leichte Zunahme, 19,4 % der Teilnehmer erwarten sogar eine hohe Zunahme der Kosten. Fast kein Teilnehmer erwartet zukünftig niedrigere Kosten durch staatliche Maßnahmen.

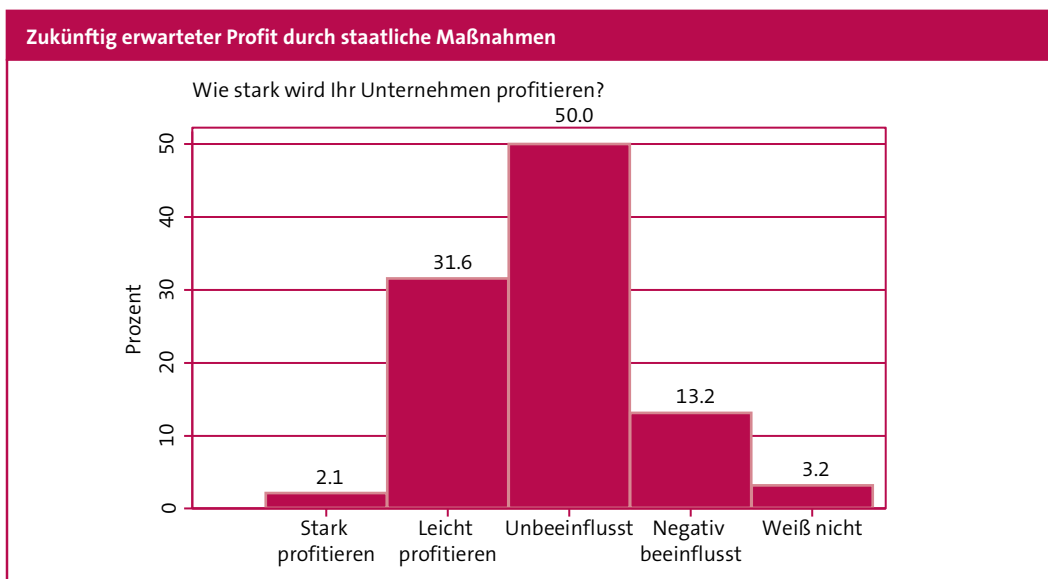


Abbildung 18

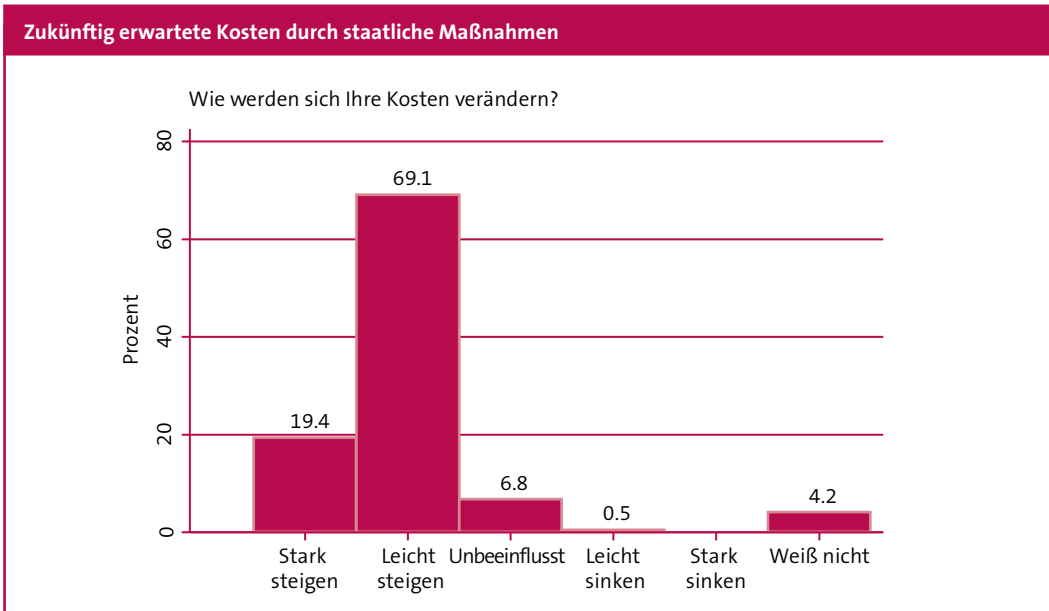


Abbildung 19

Knapp die Hälfte der Teilnehmer erwartet, dass staatliche Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren keinen Einfluss auf die Situation des Unternehmens im internationalen Wettbewerb haben werden. Wie in Abbildung 20 ersichtlich, deuten die weiteren Antworten eher Pessimismus an. Während 31 % eine (leichte oder starke) Verschlechterung erwarten, glauben nur 15 %, dass sich ihre Situation im Wettbewerb durch

staatliche Maßnahmen verbessern wird. Die zukünftig erwarteten Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf das Unternehmen sind tendenziell negativer als die bisher erfahrenen Auswirkungen.

Die durchschnittliche Zustimmung zu der Frage, ob in den nächsten fünf Jahren die Nutzen staatlicher Maßnahmen die vom Unternehmen zu

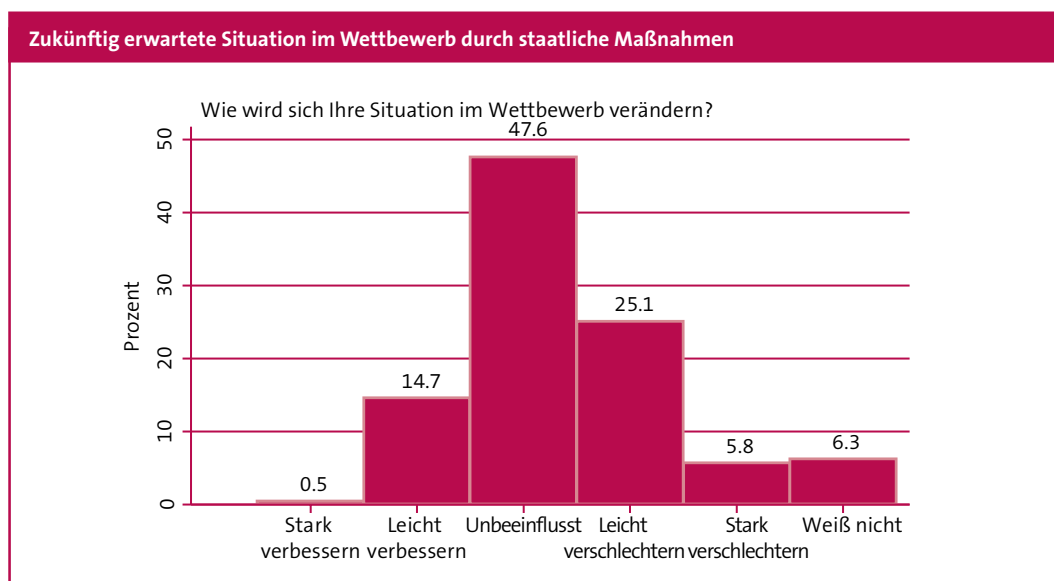


Abbildung 20

tragenden Kosten übersteigen werden, ist 3. Die Verteilung der Antworten ist in Abbildung 21 dargestellt. Lässt man die Antworten „Weiß nicht“ außen vor und teilt die Skala in der Mitte, so zeigt sich, dass 62,5 % der Teilnehmer eine negative Antwort (Skalenwerte 1 bis 3) geben. Die Teilnehmer erwarten für die Zukunft demnach etwas stärker als für die Gegenwart, dass staatliche Maßnahmen sich insgesamt negativ auswirken werden.

Die Varianz der Antworten weist darauf hin, dass Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen nicht bei allen Unternehmen gleich wahrgenommen wird. Eine Differenzierung der Antworten nach Unternehmenscharakteristika kann Aufschluss darüber geben, ob sich die wahrgenommenen Nutzen und Kosten zwischen den Unternehmen unterscheiden. Abbildung 22 zeigt die Antworten differenziert nach Größenklasse (Zahl der Beschäftigten). Unternehmen mit 100 bis 249 Mitarbeitern (25 % der Stichprobe) berichten häufiger als andere Unternehmen, dass die im Zeitraum von 2008/2009 bis heute getätigten staatlichen Maßnahmen einen Profit bzw. eine Verbesserung der Position im internationalen Wettbewerb für das Unternehmen bedeutet haben. Die wahrgenommenen Kosten und der Gesamtnutzen der staatlichen Maßnahmen

unterscheiden sich allerdings nicht signifikant zwischen den Größenklassen. Differenziert man die Antworten nach Rechtsform und Umsatzrendite, lassen sich ebenfalls keine eindeutigen Unterschiede feststellen.

Weiterhin werden die Antworten nach soziodemographischen Charakteristika der Teilnehmer differenziert. Abbildung 23 verdeutlicht, dass sich die Einschätzung des bisherigen Gesamtnutzens zwischen den Altersgruppen unterscheidet. Ältere Teilnehmer schätzen insbesondere den bisherigen Nutzen von staatlichen Maßnahmen geringer ein. Der Unterschied zwischen unter 50-jährigen und über 60-jährigen ist statistisch signifikant. Das Muster spiegelt die in Abschnitt 6.1 beschriebenen Unterschiede im Hinblick auf die „Präferenz für Marktwirtschaft“ wieder. Die Auswertungen deuten an, dass das Empfinden des Gesamtnutzens staatlicher Maßnahmen eher von den Charakteristika der antwortenden Person als von den Eigenschaften des Unternehmens beeinflusst wird.

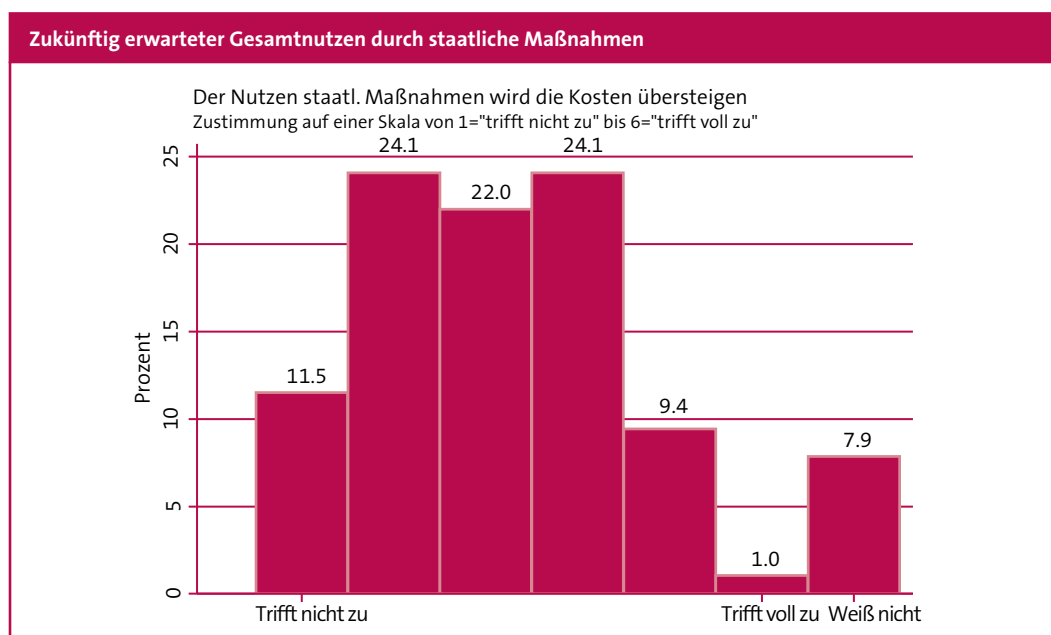


Abbildung 21

### Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen nach Größenklasse



Abbildung 22

### Gesamtnutzen nach Alter der Teilnehmer

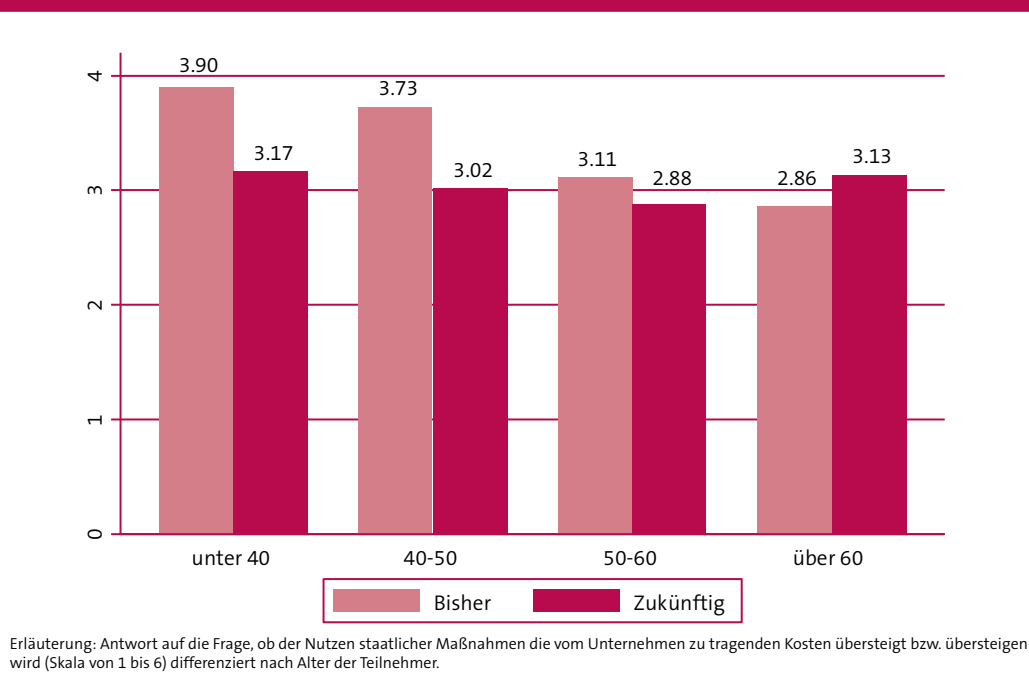


Abbildung 23

Der Befund steht im Einklang mit der in Abschnitt 5.1 beschriebenen Erwartung, dass die Komplexität der Fragen eine exakte Einschätzung von Nutzen und Kosten unwahrscheinlich macht und die Antworten von der Einstellung des Teilnehmers beeinflusst sein sollten. Es wird überprüft, ob die eingeschätzten Auswirkungen mit der ordnungspolitischen Einstellung zusammenhängen. Dazu werden die Teilnehmer gemäß ihrer „Präferenz für Marktwirtschaft“ in Quartile geteilt und die durchschnittliche Antwort der vier Gruppen auf die Frage, ob der Nutzen staatlicher Eingriffe die Kosten übersteigt bzw. zukünftig übersteigen wird, ausgewertet.

Das Ergebnis ist in Abbildung 24 gezeigt. Eine höhere Präferenz für Marktwirtschaft geht mit einer geringeren Einschätzung des Gesamtnutzens einher. Die Einschätzung des bisherigen Gesamtnutzens durch Teilnehmer mit „hoher“ oder „sehr hoher“ Präferenz ist statistisch signifikant unterschiedlich von der Einschätzung der Teilnehmer mit einer „sehr geringen“ Präferenz.

### 6.3 DIE TÄTIGKEIT DES VDMA

Um genauer in Erfahrung zu bringen, in welcher Art sich der VDMA nach Ansicht seiner Mitglieder in seiner Interessenvertretung einsetzen soll, wurden die Teilnehmer direkt danach befragt.

Zunächst wurden die Teilnehmer darüber informiert, welche Grundausrichtung der VDMA bislang verfolgt. Die Aussage lautete wie folgt:

„Der VDMA konzentriert sich bei der Interessenvertretung auf die Schnittmenge der Interessen seiner Mitglieder. Die Vertretung von Einzelinteressen bestimmter Mitglieder ist tabu, wenn dies auf die Verletzung der Interessen anderer Mitglieder hinausläuft oder für die Gesellschaft als Ganzes zu erheblichen negativen Effekten führen würde.“

Die Teilnehmer wurden gebeten, ihre Zustimmung zu der Aussage auf einer Skala von 1=„stimme gar nicht zu“ bis 6=„stimme voll zu“ anzugeben. Die Verteilung der Antworten findet sich in Abbildung 25. Der Wunsch danach, dass sich der VDMA für die Förderung von Einzelinteressen einsetzt, wird weitgehend von den Mitgliedsunternehmen abgelehnt. Gar keine Zustimmung (Skalenwert 1) geben 52,6 % der Teilnehmer an, 18,4 % wählen die zweitniedrigste Zustimmung. Allerdings geben auch 20 % an, dass sie der Aussage zustimmen (Skalenwerte 4 bis 6). Demnach wird der Wunsch nach Vertretung von Einzelinteressen von einem nicht vernachlässigbaren Anteil der Unternehmensvertreter geäußert.

Um einen Eindruck zu erhalten, ob sich die gewünschte Interessenvertretung durch den VDMA nach den Charakteristika des Unternehmens unterscheidet, werden die Antworten nach

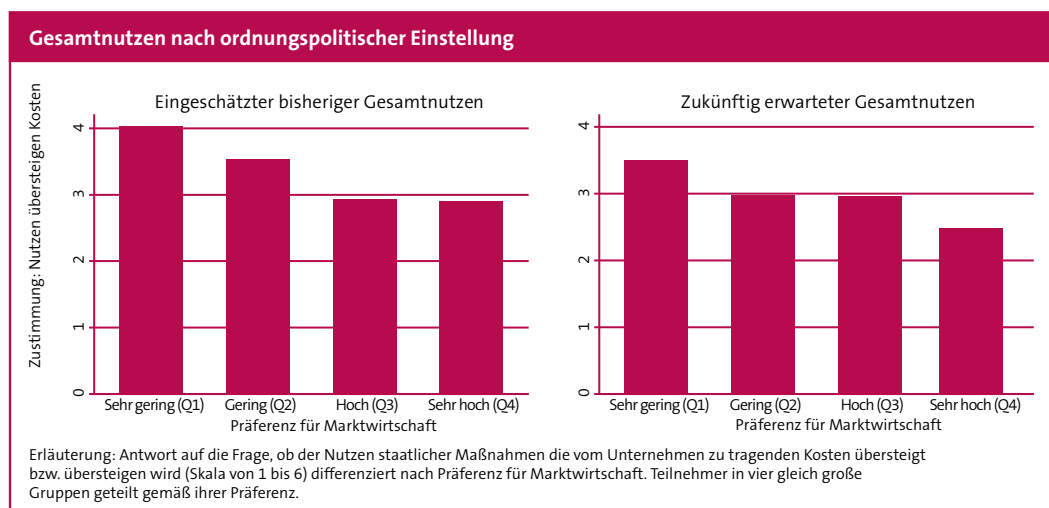


Abbildung 24

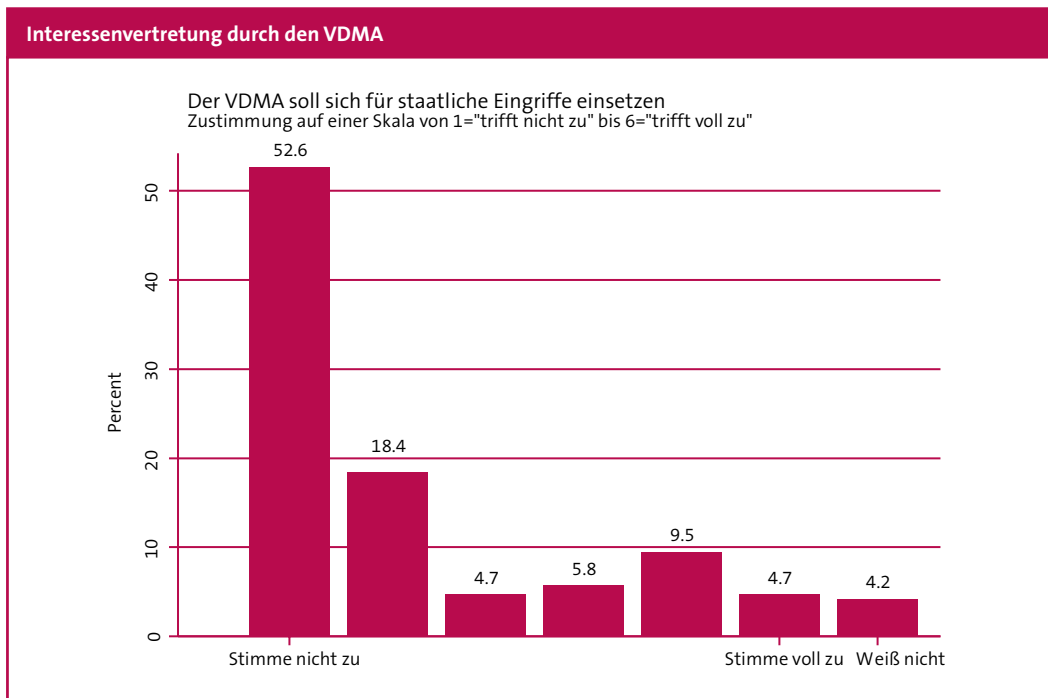


Abbildung 25

dem Merkmal Unternehmensgröße (Zahl der Beschäftigten) differenziert (Abbildung 26). Die Unterscheidung zeigt, dass Teilnehmer von größeren Unternehmen eher seltener die Förderung von Einzelinteressen befürworten. Die Unterschiede zur größten Unternehmensklasse sind mit Ausnahme von den Unternehmen, die

250-499 Beschäftigte haben, statistisch signifikant. Die Unterscheidung deutet an, dass gerade kleinere Unternehmen eine Vertretung von Sonderinteressen durch den VDMA wünschen. Differenziert man die Antworten nach Alter, zeigt sich kein statistisch signifikanter Unterschied.

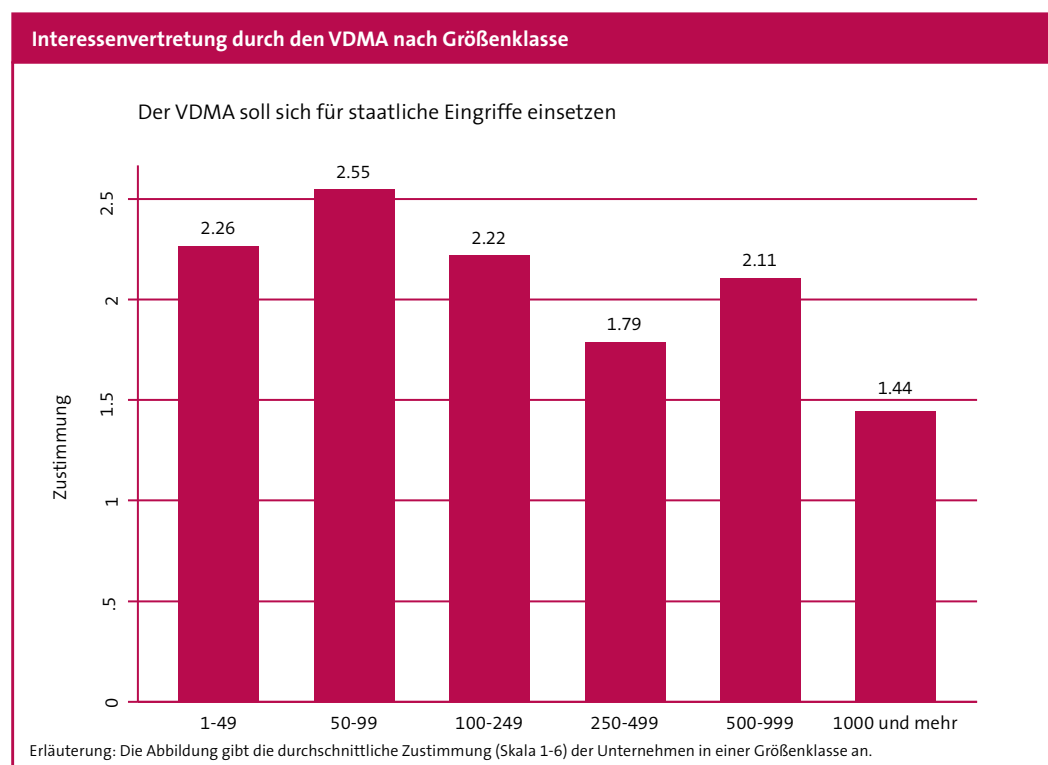


Abbildung 26



## 7 DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Der VDMA steht bisher für eine ordnungspolitische Grundausrichtung. In Anlehnung an die ordoliberalen Tradition setzt er sich dafür ein, dass sich staatliches Engagement auf die Schaffung von Spielregeln, d. h. günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen, konzentriert. Der VDMA warnt vor den Verzerrungen, die punktuelle Staatseingriffe mit sich bringen. Er lehnt es ab, dass die Politik darüber bestimmt, welche Innovationsrichtungen zukunftssträftig sein sollen.

Die Umfrage zeigt, dass die Einstellungen der befragten Mitgliedsunternehmen des VDMA mit diesem Verständnis vereinbar sind. Die Aussage, dass der Staat nur den Ordnungsrahmen bereitstellen sollte, innerhalb dessen die Marktteilnehmer ihre Entscheidungen individuell treffen und nicht direkt ins Marktgeschehen eingreifen sollte, erhält starken Zuspruch. Nur 5 % der Teilnehmer lehnen diese zentrale ordnungspolitische Position ab. Auch die staatliche Förderung von Einzelinteressen findet wenig Zustimmung. In Übereinstimmung mit der Position des Verbandes sind die Teilnehmer wenig überzeugt, dass der Staat über mehr Wissen verfügt als die Marktteilnehmer, wenn es darum geht, neue Technologien oder Wirtschaftsfelder zu erschließen.

Die Unternehmensvertreter haben ordnungspolitische Positionen stärker verinnerlicht als die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Neunzig Prozent der Teilnehmer stimmen der Aussage zu, dass der Erhalt von Wirtschaftsbereichen, die unter Marktbedingungen nicht mehr überlebensfähig wären, Innovationen verhindert und negative Wachstumseffekte erzeugt. Im Gegensatz dazu stimmen nur 50 % der deutschen Bevölkerung der Aussage zu, dass „Subventionen unwirtschaftliche Unternehmen künstlich am Leben erhalten und den Wettbewerb schädigen“. Diese Diskrepanz scheint nicht notwendigerweise daher zu rühren, dass die Unternehmensvertreter eine bestimmte berufliche Stellung haben. Die Zustimmung zur Marktwirtschaft ist unter Leitenden Angestellten, Selbstständigen und Befragten mit ähnlichen Berufen mit 56 % nicht viel höher als in der Gesamtbevölkerung (IfD Allensbach 2012).

Vermutlich bedingt durch gute Erfahrungen in den letzten Jahren, werden zeitlich begrenzte Konjunkturprogramme von den Teilnehmern der Umfrage weitgehend akzeptiert. Über vier Fünftel stimmen zu, dass der Staat solche Programme durchführen sollte. Nur in dieser Hinsicht stehen die Antworten der Teilnehmer möglicherweise im Widerspruch zu ordnungspolitischen Positionen. Es ist interessant, dass die deutsche Bevölkerung im Hinblick auf Konjunkturprogramme wesentlich skeptischer ist. Nur 21 % waren überzeugt, dass es der Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II gelingen würde, die Konjunktur erfolgreich zu stützen (IfD Allensbach 2012).

Dieses Ergebnis stützt die Vermutung, dass die positiven Erfahrungen mit dem Kurzarbeitergeld die Antworten beeinflusst haben könnten, obwohl in der Frage darauf hingewiesen wurde, dass die Teilnehmer von dem Instrument absehen sollten. Es ist gleichwohl nicht auszuschließen, dass die insgesamt vergleichsweise guten Erfahrungen mit der expansiven Geld- und Fiskalpolitik zur Abwendung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu diesem Urteil beigetragen haben. Die konsequente Unterstützung ordnungspolitischer Positionen in Bezug auf die anderen Aussagen lässt jedoch vermuten, dass die positive Einschätzung der Konjunkturprogramme die ordnungspolitische Ausrichtung der Teilnehmer nicht unterminiert. Es lässt sich nicht daraus ableiten, dass die Teilnehmer schon bei kleinen konjunkturellen Schwankungen diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen befürworten.

Für 91 % der Unternehmen ist mindestens eine von vielen gelisteten staatlichen Maßnahmen von Bedeutung. Insbesondere die Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt (Kurzarbeitergeld, Qualifizierungsmaßnahmen) waren für eine Mehrheit der Unternehmen bedeutsam. Der Economic Freedom Index belegt, dass in Deutschland im Hinblick auf die Staatstätigkeit eine geringe wirtschaftliche Freiheit besteht. Hohe Staatsausgaben, Steuerbelastung und Transfers sowie Subventionen sind die Ursache dafür, dass Deutschland in dieser Sparte nur den 90. von 152 Rängen belegt. Die Häufigkeit, mit der für die Unternehmen nach eigener Aussage Finanzhilfen und Subventionen relevant sind, spiegelt dieses Ranking wider.

Die Ergebnisse deuten an, dass die teilnehmenden Unternehmen im Durchschnitt zwar positive Effekte mit den staatlichen Maßnahmen in Verbindung bringen, in stärkerem Ausmaß aber zusätzliche Kosten erwarten. Insbesondere für die Zukunft sind sich die Teilnehmer weitgehend einig, dass die Kosten durch staatliche Maßnahmen steigen werden. Im Hinblick auf den Nettonutzen der im Zeitraum 2008/2009 bis heute getätigten staatlichen Maßnahmen lässt sich Uneinigkeit unter den Teilnehmern feststellen. Für die Zukunft sind die Teilnehmer eher pessimistisch. Es überwiegt die Erwartung, dass in den nächsten fünf Jahren der Nutzen die Kosten staatlicher Maßnahmen nicht übersteigen wird. Den Unternehmen scheint bewusst zu sein, dass staatliche Eingriffe zumindest langfristig Kosten nach sich ziehen werden.

Die Ergebnisse der ökonomischen Forschung deuten an, dass wirtschaftliche Freiheit mit einem höheren Wachstum einhergeht. Sie lassen erwarten, dass die negativen Konsequenzen der staatlichen Maßnahmen nicht nur auf Unternehmensebene, sondern für die Volkswirtschaft insgesamt spürbar sein werden.

## 8 FAZIT

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich der Ruf nach staatlicher Intervention verstärkt. Für den VDMA stellt sich die Frage, ob der Wunsch nach mehr Förderung durch den Staat von den VDMA-Mitgliedsunternehmen geteilt wird. Der VDMA vertritt traditionell eine ordnungspolitische Grundausrichtung. Ist der wahrgenommene Nutzen (gegeben die zu erwartenden Kosten) der staatlicher Maßnahmen so groß, dass die Interessenvertretung durch den VDMA revidiert werden muss?

Um diese Frage zu klären, wurde im Oktober 2013 eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des VDMA durchgeführt. Die Fragen zur Rolle des Staates in der Wirtschaft, zu den Nutzen und Kosten staatlicher Interventionen für das Unternehmen und zur gewünschten Interessenvertretung durch den VDMA beantworteten 191 Unternehmensvertreter.

Die Umfrage zeigt, dass die Teilnehmer ordnungspolitische Positionen weitgehend verinnerlicht haben. Direkte staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen werden eindeutig abgelehnt. Die Antworten stärken die Einschätzung, dass der Staat nur die Rolle des Schiedsrichters einnehmen sollte. Die Befragten sind skeptisch, dass der Staat über mehr Wissen verfügt, als die Marktteilnehmer, und sich glaubwürdig nur zeitlich begrenzt engagiert. Vermutlich bedingt durch gute Erfahrungen in den letzten Jahren, werden zeitlich begrenzte Konjunkturprogramme weitgehend akzeptiert. Dies stellt die konsequente Unterstützung ordnungspolitischer Positionen der VDMA-Mitgliedsunternehmen aber nicht in Frage.

Für 91 % der Unternehmen ist mindestens eine von vielen gelisteten staatlichen Maßnahmen von Bedeutung. Insbesondere die Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt (Kurzarbeitergeld, Qualifizierungsmaßnahmen) waren für eine Mehrheit der Unternehmen relevant. Die Ergebnisse deuten an, dass die teilnehmenden Unternehmen im Durchschnitt zwar positive Effekte mit den staatlichen Maßnahmen in Verbindung bringen, in stärkerem Ausmaß aber zusätzliche Kosten erwarten.

Insbesondere für die Zukunft sind sich die Teilnehmer weitgehend einig, dass die Kosten durch staatliche Maßnahmen, z. B. in Form von Steuererhöhungen, steigen werden. Im Hinblick auf den Nettonutzen der im Zeitraum 2008/2009 bis heute getätigten staatlichen Maßnahmen lässt sich Uneinigkeit unter den Teilnehmern feststellen. Für die Zukunft sind die Teilnehmer eher pessimistisch. Es überwiegt die Erwartung, dass in den nächsten fünf Jahren der Nutzen die Kosten staatlicher Maßnahmen nicht übersteigen wird. Den Unternehmen scheint bewusst zu sein, dass staatliche Eingriffe zumindest langfristig Kosten nach sich ziehen werden.

Die Antworten auf die Frage danach, in welcher Art sich der VDMA nach Ansicht seiner Mitglieder in seiner wirtschaftspolitischen Interessenvertretung einsetzen soll, zeigen, dass die bisherige Ausrichtung nicht in Frage gestellt wird. Die Aussage, dass sich der VDMA für die Förderung von Einzelinteressen einsetzen sollte, wird von 75 % der Teilnehmer abgelehnt. Allerdings zeigt dieses Ergebnis auch, dass der Wunsch nach Vertretung von Einzelinteressen nicht nur eine Einzelmeinung ist.

Die Ergebnisse deuten an, dass die Unternehmensvertreter insbesondere wünschen, dass sich der VDMA für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen im Allgemeinen stark macht. Die hohe Zustimmung zu der Aussage, dass der Staat Standortpolitik betreiben sollte, deutet zudem an, dass von den Mitgliedsunternehmen ein Engagement des VDMA in diesem Bereich begrüßt werden würde. Allerdings wurde nicht gefragt, welche Art von Standortpolitik die Teilnehmer befürworten. Das Einsetzen für Sonder Vorteile einzelner Unternehmen oder der ganzen Branche und die Subventionierung von Wirtschaftsbereichen, die nicht mehr überlebensfähig sind, scheint nicht im Interesse der Mitglieder zu liegen. Die Ergebnisse lassen keine Aussage darüber zu, welchen konkreten Handlungsbedarf die Unternehmen sehen. Sie geben eine Indikation, welche grundsätzlichen Prinzipien die Tätigkeit des VDMA leiten sollten.

Eine größere Zurückhaltung des Staates ist auch aus ökonomischer Sicht zu begrüßen. Die Forschung zeigt, dass weniger Staat mit einem besseren wirtschaftlichen Umfeld für Wachstum und Beschäftigung einhergeht. Wenn gleich die Ordnungsökonomik sich im Zeitablauf gewandelt hat und ihre ordnungspolitischen Empfehlungen nicht immer fest verankert gewesen sind, gibt es Einigkeit, dass jede selektive Bevorzugung, durch steuerliche Maßnahmen, Subventionen oder regulatorische Eingriffe, ordnungspolitisch nicht vertretbar sind. Eine ordnungspolitische Grundausrichtung setzt auf allgemeine Regeln und Rahmenbedingungen für alle Wirtschaftssubjekte. Die Ergebnisse der Umfrage, ebenso wie ökonomische Überlegungen, deuten an, dass der VDMA an der ordnungspolitischen Grundausrichtung festhalten sollte.

# LITERATURVERZEICHNIS

- Alesina, A. und N. Fuchs-Schündeln (2007). Goodbye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People. *American Economic Review* 97, 1507-1528.
- Alesina, A. und P. Giuliano (2010). Preferences for Redistribution. In: J. Benhabib, A. Bisin, M.O. Jackson (Hrsg.): *Handbook of Social Economics*, Vol. 1A, North-Holland, 93-131.
- Arkes, H.R, D. Faust, T.J. Guilmette und K. Hart (1988). Eliminating the Hindsight Bias. *Journal of Applied Psychology*, 73.2, 305.
- Bjørnskov, C., und N.J. Foss (2008). Economic Freedom and Entrepreneurial Activity: Some Cross-Country Evidence. *Public Choice* 134, 307-328.
- Böhm, F. (1961). Demokratie und ökonomische Macht. In: Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (Hrsg.): *Kartelle und Monopole im modernen Recht*. Karlsruhe, 1-24.
- Corneo, G. und H.P. Grüner (2002). Individual Preferences for Political Redistribution. *Journal of Public Economics* 83, 83-107.
- Cummings, J.T. (2000). Economic Freedom Indices: Their Use as Tools for Monitoring and Evaluation. SCS Working Paper 00/01, 1-64.
- De Haan, J. und J.-E. Sturm (2000). On the Relationship between Economic Freedom and Economic Growth. *European Journal of Political Economy* 16, 215-241.
- Doucouliaqos, C. (2005). Publication Bias in the Economic Freedom and Economic Growth Literature. *Journal of Economic Surveys* 19, 367-387.
- Eucken, W. (1932). Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. *Weltwirtschaftliches Archiv* 36, 297-321.
- Eucken, W. (1940). *Grundlagen der Nationalökonomie*, 7. Auflage 1959. Berlin et al.
- Eucken, W. (1952). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Tübingen.
- Feld, L.P. und E. Köhler (2011). Ist die Ordnungsökonomik zukunftsfähig? *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 12, 173-195.
- Globescan (2012). Global Public Supports Free Market, Less Favourable to Global Business—Can CSR Heal Wounds? Globescan Radar, Wave 2, 2012, Verfügbar unter <http://www.globescan.com/news-and-analysis/blog/entry/global-public-supports-free-market-less-favourable-to-global-businesscan-csr-heal-wounds.html>.
- Gwartney, J., R. Lawson und W. Block (1996). *Economic Freedom of the World*. Fraser Institute.
- Gwartney, J., R. Holcombe und R. Lawson (2006). Institutions and the Impact of Investment on Growth. *Kyklos* 59, 255-273.
- Gwartney, J., R. Lawson und J. Hall (2013). Economic Freedom Dataset. Veröffentlicht in: *Economic Freedom of the World: 2013 Annual Report*, Fraser Institute
- Hall, J. und R. Lawson (2014). Economic Freedom of the World. *Contemporary Economic Policy* 32, 1-19.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012). *Wirtschaftliches Verständnis und ordnungspolitische Positionen der Bevölkerung*. IfD Allensbach Studie.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013). *Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger*. IfD Allensbach Studie.
- Kleinewefers, J. (1995). Für freien Wettbewerb – gegen die Subventionswirtschaft. In: W. Möschel: *Den Staat an die Kette legen – Gegen die Aushöhlung des Wettbewerbs durch den Staat*, Gutachten für den VDMA und die Impuls-Stiftung. Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik.

- Köcher, R. (2014), Differenzierte Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger. In: E. Teufel und W. Mack (Hrsg.): *Aus der Krise lernen: Auf dem Weg zu einer weltoffenen und humanen Gesellschaft*, Freiburg, 235-246.
- Luttmer, E.F.P. und M. Singhal (2011). Culture, Context, and the Taste for Redistribution. *American Economic Journal: Economic Policy* 3, 157-179.
- Müller-Armack, A. (1976). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl., Bern, Stuttgart.
- Nyström, K. (2008). The Institutions of Economic Freedom and Entrepreneurship: Evidence from Panel Data. *Public Choice* 136, 269-282.
- Petersen, T. (2012). *Freiheit und bürgerschaftliches Engagement*, Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung. Bad Homburg: Herbert Quandt-Stiftung.
- Petersen, T. (2013). Stille Liebe zur Planwirtschaft. Dokumentation des Beitrags in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 276 vom 27.11.2013, Allensbacher Archiv.
- Rüstow, A. (1932/1963). Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus. Diskussionsrede auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik über „Deutschland und die Weltkrise“ in Dresden am 28. September 1932, veröffentlicht in: A. Rüstow, *Rede und Antwort*. herausgegeben von Walter Hoch, Ludwigsburg 1963, 249-258.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013). *Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik*, Jahresgutachten 2013/14. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Sievert, O. (2003). Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik. In: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.), *Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963 – 2003*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 34-46.
- Stiftung Marktwirtschaft (2012). *Staatsbremse für mehr Wachstum*, Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft und des VDMA am 29. Februar 2012, Tagungsbericht, Berlin.
- Tietmeyer, H. (2004). Soziale Marktwirtschaft in Deutschland – Entwicklungen und Erfahrungen. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 10/4.
- Vanberg, V.J. (1988). ‘Ordnungstheorie’ as Constitutional Economics. The German Conception of a ‘Social Market Economy’. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 39, 17-31.
- Vanberg, V.J. (1997). Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 48, 707-726; wiederabgedruckt in: V.J. Vanberg (2008): *Wettbewerb und Regelordnung*, Tübingen, 49-67.
- Wittenstein, M. (2008). Diskussionsimpuls auf der Tagung „Industriepolitik – Wie viel Staat braucht die Wirtschaft?“ Erschienen in: Bericht zur Tagung des VDMA und der Stiftung Marktwirtschaft, Stiftung Marktwirtschaft, 13-14.

# A ANHANG

## A.1 Economic Freedom of the World Index

Der Economic Freedom Index setzt sich aus fünf Subindizes zusammen. Zum besseren Verständnis werden die Informationen, die in die Subindizes eingehen, im Folgenden dargestellt. Eine genaue Beschreibung der Datenquellen und Berechnung der Variablen findet sich in Gwartney et al. (2013).

### 1 Ausmaß der Staatstätigkeit (Size of Government)

- Konsumausgaben des Gesamtstaats in Prozent der gesamten Konsumausgaben,
- Transfers und Subventionen des Gesamtstaats in Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Staatliche Investitionen in Prozent der gesamten Investitionen (Datenquellen: World Bank, International Monetary Fund (IMF), United Nations National Accounts),
- Höchste marginale Steuersätze (Datenquelle: Price Waterhouse Coopers).

### 2 Rechtliche Rahmenbedingungen (Legal System and Property Rights)

- Richterliche Unabhängigkeit, Unbefangenheit der Gerichte, Schutz von Eigentumsrechten, Zuverlässigkeit der Polizei, Unternehmenskosten durch Kriminalität (Datenquelle: World Economic Forum),
- Militärische Einmischung in Politik und Recht, Integrität des Rechtssystems (Datenquelle: World Bank),
- Rechtliche Durchsetzung von Verträgen, Regulatorische Einschränkungen beim Verkauf von Realeigentum (Datenquelle: World Bank).

### 3 Stabiles Geld (Sound Money)

- Geldwachstum, Standardabweichung von Inflation, Inflation im letzten Jahr (Datenquellen: World Bank, IMF, United Nations National Accounts),
- Freiheit Bankkonten in Fremdwährung zu halten (IMF).

### 4 Offenheit von Märkten (Freedom to Trade Internationally)

- Zölle (Datenquellen: IMF, World Trade Organization),
- Regulatorische Handelsbarrieren (Datenquellen: World Economic Forum, World Bank),
- Schwarzmarkt Wechselkurs (Datenquelle: Monetary Research Institute Banker's Guide to Foreign Currency),
- Kontrolle von Kapital- und Personenbewegungen (Datenquellen: World Economic Forum, IMF, Lawson und Lemke 2011).

### 5 Regulierung (Regulation)

- Kreditmarktregulierung (Datenquellen: World Bank, Barth et al. 2006),
- Arbeitsmarktregulierung (Datenquellen: World Bank, World Economic Forum, International Institute for Strategic Studies, War Resisters International),
- Unternehmensregulierung (Datenquellen: World Economic Forum, World Bank).

## A.2 Fragebogen

### Umfrage zum Thema „Markt vs. Staat“

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ziel dieser Studie ist es, in Erfahrung zu bringen, welche Nutzen und Kosten die im Maschinen- und Anlagenbau tätigen Unternehmen mit staatlicher Intervention in Verbindung bringen. Um ein möglichst umfangreiches Bild zu erhalten, ist Ihre Antwort sehr wichtig. Wir bitten Sie aus diesem Grund, den folgenden Fragebogen auszufüllen. Die Beantwortung wird ca. 10 Minuten dauern. Wir versichern Ihnen, dass Ihre Angaben vertraulich behandelt werden; die Antworten werden ausschließlich als Ergebnis von statistischen Analysen veröffentlicht.

Ansprechpartner im VDMA: Dr. Susanne Krebs, Tel. 069-6603 1469

im Walter Eucken Institut: Prof. Dr. Lars P. Feld, (feld@eucken.de)

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen **bis zum 18. Oktober 2013** zurück. Am einfachsten verwenden Sie dafür den Knopf „Formular senden“ am Ende des Fragebogens, der eine Email an [susanne.krebs@vdma.org](mailto:susanne.krebs@vdma.org) erstellt.



# DIE ROLLE DES STAATES IN DER WIRTSCHAFT

Auf einer **Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 6 (stimme voll zu)**, wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

„Der Staat sollte den **Ordnungsrahmen bereitstellen**, innerhalb dessen die Marktteilnehmer ihre Entscheidungen individuell treffen, er sollte **nicht direkt** ins Marktgeschehen **eingreifen**.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

„Wirtschaftsförderung durch den Staat sollte auf **allgemeine Maßnahmen** zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und **nicht** auf die **Gewährung von Sondervorteilen** (Subventionen oder Vorschriften) ausgerichtet sein.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

„Der **Staat kann besser** als private Investoren **beurteilen**, ob ein neues Wirtschaftsfeld erschlossen oder eine bestimmte Technologie gefördert werden sollte.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

„Der Staat sollte die **Rahmenbedingungen** für die Investoren sinnvoll **festlegen** und **keine Industriepolitik** mit einer Förderung bestimmter Wirtschaftsbereiche betreiben.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

„Der **Erhalt von Wirtschaftsbereichen**, die unter Marktbedingungen **nicht mehr überlebensfähig** wären, verhindert Innovationen und erzeugt negative Wachstumseffekte.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

„Es ist **glaubwürdig**, wenn der Staat ankündigt, bestimmte Wirtschaftsbereiche **nur zeitlich begrenzt zu fördern**.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

Wenn Sie vom konjunkturellen Kurzarbeitergeld absehen, wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

„In einer Rezession sollte der Staat **zeitlich befristete Konjunkturprogramme** durchführen.“

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

## Bisherige Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen für Ihr Unternehmen

Der deutsche Staat ergreift eine Vielzahl verschiedener **Maßnahmen**, die das **Ziel** haben, **deutsche Unternehmen zu fördern**. Wir würden gerne wissen, welche **Nutzen und Kosten Ihrem Unternehmen** durch diese Maßnahmen entstanden sind.

Bitte berücksichtigen Sie bei der Beantwortung der folgenden Fragen **alle Maßnahmen**, die Ihnen **bekannt** sind. **Schätzen Sie**, sofern Ihnen keine genauen Angaben vorliegen. Bitte berücksichtigen Sie sowohl Maßnahmen, die **direkt** für Ihr Unternehmen relevant sind, als auch solche, die **indirekt** Relevanz für Ihr Unternehmen hatten.

Welche der folgenden staatlichen Maßnahmen haben seit Beginn der Wirtschaftskrise **2008/2009 bis heute Auswirkungen auf Ihr Unternehmen** gehabt?

a. Finanzhilfen/Subventionen	direkt relevant	indirekt relevant	nicht relevant	weiß nicht
Forschungsförderung des Unternehmens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Forschungsförderung im Rahmen einer Kooperation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Förderung erneuerbarer Energien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stärkung der PKW-Nachfrage (Abwrackprämie)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Förderung der Beschäftigung durch das konjunkturelle Kurzarbeitergeld	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Förderung der Beschäftigung durch Qualifizierungsmaßnahmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

b. Steuervergünstigungen	direkt relevant	indirekt relevant	nicht relevant	weiß nicht
Wiedereinführung der degressiven AfA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuarentlastung energieintensiver Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen gem. § 35a EStG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

c. regulatorische Eingriffe	direkt relevant	indirekt relevant	nicht relevant	weiß nicht
Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abnahmepflicht und Einspeisevergütung nach EEG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

d. Kredithilfen/Bürgschaften	direkt relevant	indirekt relevant	nicht relevant	weiß nicht
Exportkreditversicherungen (Hermes-Bürgschaften)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kredit- und Bürgschaftsprogramm der KfW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landesbürgschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

e. Andere Maßnahmen, und zwar ...	direkt relevant	indirekt relevant	nicht relevant	weiß nicht
_____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Welche Auswirkungen** hatten die unter Frage 8 genannten staatlichen Maßnahmen **auf Ihr Unternehmen**? Bitte betrachten Sie die **Gesamtheit aller dort genannten Maßnahmen**. Wie stark hat Ihr Unternehmen von diesen Maßnahmen **seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 bis heute** profitiert?

*Stark profitiert* 
*Leicht profitiert* 
*Profit unbeeinflusst*   
*Profit negativ beeinflusst* 
*Weiß nicht*

Wie stark haben sich aufgrund der unter Frage 8 genannten Maßnahmen Ihre **Kosten, z. B. durch erhöhte Steuerbelastung oder zusätzliche Regulierungen**, seit Beginn der Wirtschaftskrise **2008/2009 bis heute** verändert? Die Kosten sind ...

*Stark gestiegen* 
*Leicht gestiegen* 
*Unbeeinflusst*   
*Leicht gesunken* 
*Stark gesunken* 
*Weiß nicht*

- 1) Welchen Einfluss haben diese staatlichen Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach auf die **Situation Ihres Unternehmens im internationalen Wettbewerb seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 bis heute** gehabt? Die Situation hat sich ...

*Stark verbessert*          *Leicht verbessert*          *Nicht verändert*        
*Stark verschlechtert*          *Weiß nicht*          *Leicht verschlechtert*     

- 2) Bitte **schätzen Sie**: Wenn Sie **alle Kosten und Nutzen**, die Ihrem Unternehmen ausschließlich durch die unter Frage 8 genannten staatliche Maßnahmen **seit Beginn der Wirtschaftskrise Ende 2008/2009 bis heute** entstanden sind, berücksichtigen, **übersteigt** der **Nutzen** für Ihr Unternehmen die von Ihrem Unternehmen zu tragenden Kosten?

1 (trifft nicht zu)                            6 (trifft voll zu)

Weiß nicht   

#### Zukünftig zu erwartende Nutzen und Kosten staatlicher Maßnahmen für Ihr Unternehmen

Bitte denken Sie wieder an die unter Frage 8 genannten staatlichen Maßnahmen, die Auswirkungen auf Ihr Unternehmen haben oder hatten. In welchem Ausmaß **erwarten Sie**, dass diese Maßnahmen **zukünftig** Auswirkungen auf Ihr Unternehmen haben werden. Wie stark wird Ihr Unternehmen Ihrer Einschätzung nach **in den nächsten fünf Jahren** von diesen Maßnahmen profitieren?

*Stark profitieren*          *Leicht profitieren*          *Profit wird unbeeinflusst sein*        
*Profit wird negativ beeinflusst sein*          *Weiß nicht*     

In welchem Ausmaß erwarten Sie, dass Ihrem Unternehmen **in den nächsten fünf Jahren Kosten**, z. B. durch erhöhte Steuerbelastung oder zusätzliche Regulierungen, entstehen? Die Kosten werden ...

*Stark steigen*          *Leicht steigen*          *Unbeeinflusst sein*        
*Leicht sinken*          *Stark sinken*          *Weiß nicht*

- 3) Welchen Einfluss werden die oben genannten staatlichen Maßnahmen Ihrer Ansicht nach **in den nächsten fünf Jahren** auf die **Situation Ihres Unternehmens im internationalen Wettbewerb** haben? Die Situation wird sich ...

*Stark verbessern*          *Leicht verbessern*          *Nicht verändern*        
*Leicht verschlechtern*          *Stark verschlechtern*          *Weiß nicht*     

- 4) Bitte **schätzen Sie**: Wenn Sie **alle Kosten und Nutzen** von staatlichen Maßnahmen, die für Ihr Unternehmen **zukünftig zu erwarten** sind, berücksichtigen, erwarten Sie, dass der Nutzen für Ihr Unternehmen die von Ihrem Unternehmen zu tragenden Kosten **in den nächsten fünf Jahren** übersteigen wird?

1 (trifft nicht zu)       6 (trifft voll zu)

Weiß nicht

Der **VDMA** konzentriert sich bei der **Interessenvertretung** auf die Schnittmenge der Interessen seiner Mitglieder. Die Vertretung von Einzelinteressen bestimmter Mitglieder ist tabu, wenn dies auf die Verletzung der Interessen anderer Mitglieder hinausläuft oder für die Gesellschaft als Ganzes zu erheblichen negativen Effekten führen würde.

Auf einer Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 6 (stimme voll zu), wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Der VDMA soll sich für Eingriffe des Staates, die auf die Förderung von Einzelinteressen abzielen, einsetzen, auch wenn dies im Widerspruch zu der Zielsetzung des Verbandes steht.

1 (stimme gar nicht zu)       6 (stimme voll zu)

Weiß nicht

## Fragen zum Unternehmen

Name des Unternehmens und Unternehmenssitz

---

---

---

(Diese Angabe dient ausschließlich der Rücklaufkontrolle und ist nur dem VDMA zugänglich.)

5) Anzahl der Beschäftigten in Deutschland?

\_\_\_\_\_ Personen (inkl. Auszubildende)

6) Rechtsform Ihres Unternehmens?

Personengesellschaft  Kapitalgesellschaft (nicht börsennotiert)

Kapitalgesellschaft (börsennotiert)  Sonstiges

7) Wer führt Ihr Unternehmen?

Eigentümer  Angestellter Manager  andere Organisation der Führung

Weltweiter Umsatz (in Mio. Euro) im Jahr 2012?

\_\_\_\_\_ Mio. Euro

Davon im Ausland erwirtschaftet: \_\_\_\_\_ Mio. Euro

8) Wachstum Ihres Unternehmens im Zeitraum 2008 bis 2012 gemessen am Umsatz?

\_\_\_\_\_ %

9) Umsatzrendite (Gewinn vor Ertragsteuern in Prozent des Umsatzes) im Jahr 2012?

- unter 0 %*       *0 % bis unter 2 %*       *2 % bis unter 4 %*        
*7 % bis unter 10 %*       *10 % und mehr*       *Weiß nicht/Keine Angabe*

#### Fragen zur Person

10) Sie sind       *männlich*       *weiblich*

11)      *jünger als 30*            *30-40*            *40-50*        
*50-60*            *älter als 60 Jahre alt*     

12) Was ist Ihre berufliche Ausbildung (Mehrfachangabe möglich)?

*Technik*       *Wirtschaft*       *Sonstiges*     

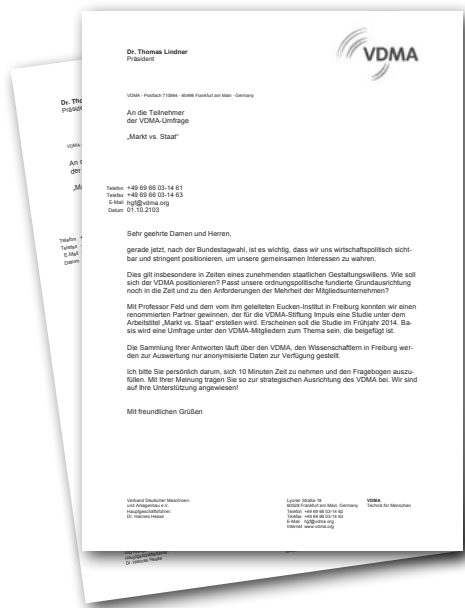
13) Welche Funktion haben Sie in Ihrem Unternehmen?

- Mitglied Vorstand/Geschäftsführung*        
*Assistenz des Vorstands/der Geschäftsführung*        
*Bereichsleitung (z. B. Hauptabteilung)*        
*Abteilungsleitung*        
*Fachkraft*        
*Sonstiges:*

**Herzlichen Dank für ihre Teilnahme!**



### A.3 Einladung des VDMA im Newsletter top aktuell



### A.4 Faktorenanalyse

Die Analyse der Korrelation zwischen den sieben Items zeigt, dass der letzte Item (Zustimmung zu zeitlich befristeten Konjunkturprogramme) nur bedingt mit den anderen korreliert ist. Er wird deswegen bei der weiteren Faktorenanalyse ausgeschlossen. Die sechs verbleibenden Items werden verwendet, um eine Hauptkomponentenanalyse durchzuführen. Das Ziel dieses Ansatzes ist, die Datenstruktur durch möglichst wenige Faktoren zu reproduzieren. Die Methode geht davon aus, dass die Varianz der Ausgangsvariablen vollständig durch die Extraktion von Faktoren erklärt werden kann. Das Kaiser-Kriterium gibt vor, dass die Zahl der extrahierten Faktoren der Zahl der Faktoren mit Eigenwerten größer eins entsprechen soll. Die Analyse ergibt, dass dies für den ersten Faktor zutrifft (Eigenwert 3.4). Die Faktorenladungen sind 0,69 (Item 1), 0,71 (Item 2), -0,57 (Item 3), 0,6 (Item 4), 0,65 (Item 5) und -0,52 (Item 6). Die negativen Ladungen sind plausibel, da die Items 3 und 6 negativ formuliert waren. Eine Rotation verändert die Faktorladungen nicht. Der extrahierte Faktor kann als „Präferenz für mehr Markt“ interpretiert werden. Der Faktor ist standardisiert, mit einem Mittelwert von 1 und einer Standardabweichung von 0.

IMPULS -  
STIFTUNG

IMPULS-Stiftung  
für den Maschinenbau,  
den Anlagenbau und  
die Informationstechnik

Lyoner Straße 18  
60528 Frankfurt

Telefon +49 69 6603 1829

Fax +49 69 6603 2829

Internet [www.impuls-stiftung.de](http://www.impuls-stiftung.de)

E-Mail [info@impuls-stiftung.de](mailto:info@impuls-stiftung.de)